



100
JAHRE

**COBURG
BEI
BAYERN**

100 Jahre Coburg bei Bayern

Staatliche Archive Bayerns

Kleine Ausstellungen

Nr. 62

100 Jahre Coburg bei Bayern

Eine Ausstellung des Staatsarchivs Coburg



München 2020

Staatliche Archive Bayerns – Kleine Ausstellungen

hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schriftleitung: Laura Scherr

Redaktionelle Mitarbeit: Claudia Pollach

Nr. 62: 100 Jahre Coburg bei Bayern

Eine Ausstellung des Staatsarchivs Coburg, 2020

Konzeption und Bearbeitung: Alexander Wolz

Das Staatsarchiv Coburg dankt für großzügige Unterstützung:

Landesbibliothek Coburg

Stadt Coburg

Stadtarchiv Coburg

Coburger Puppenmuseum

Herrn Christian Boseckert, Coburg

Herrn Heinz Holzberger, Großheirath

© Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2020

Umschlagbild: Rainer Grimm, Staatsarchiv Coburg

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Druck: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, Furth

ISSN 1434-9868

ISBN 978-3-938831-96-0

Inhalt

1. Coburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts	7
2. Coburg wird bayerisch.....	16
3. Coburg unter dem Nationalsozialismus	29
4. Neuorientierung nach 1945	38
5. Coburgs Weg in die Gegenwart.....	48
Literatur	91

1. Coburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Das 20. Jahrhundert begrüßten die Coburger*innen in besonders feierlicher Weise. Kurz vor 24.00 Uhr strömten die Menschen aus der bis auf den letzten Platz gefüllten Morizkirche und der ausverkauften Silvestervorstellung im Hoftheater auf den von Pechfeuern erleuchteten Marktplatz. Als der Glockenschlag der Stadtkirche das Jahr 1900 verkündete, hob die Menge an zum Choral „Nun danket alle Gott“. Den Abschluss der Feiern bildete das althergebrachte bengalische Feuer der Hofapotheker.

So hoffnungsfroh die Coburger Bürgerinnen und Bürger das neue Jahrhundert begonnen hatten, so schnell mussten sie sich auf unruhige Zeiten einstellen. Der Erste Weltkrieg stürzte Deutschland und Europa in eine Katastrophe und auch Coburg hatte seinen Blutzoll zu entrichten.

Sogleich mit Kriegsbeginn 1914 wuchsen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Viele Männer zogen ins Feld oder waren arbeitslos, weil zahlreiche Betriebe schließen mussten. Den Familien fehlte fortan der Hauptverdiener, und mit zunehmender Kriegsdauer wurde die Ernährungslage immer düftiger. Unmittelbare Folge war, dass sich der Gesundheitszustand der Menschen rapide verschlechterte. Dennoch musste die Zivilbevölkerung an der „Heimatfront“ große Opfer bringen: hier wurden kriegswichtige Güter produziert, während die Arbeit in der Landwirtschaft liegen blieb; Arbeitstage von 12 Stunden waren keine Seltenheit. Die größte Auswirkung des Krieges, so urteilte der Historiker Thomas Nicklas, war der Verlust der dynastischen Mittelpunktfunktion, die das Herzogtum Sachsen-Coburg seit gut einem Jahrhundert eingenommen hatte. „Europa, das sich selbst vergessen hatte, vergaß auch Coburg.“¹

Als der Erste Weltkrieg schließlich mit der Revolution vom November 1918 und der Abdankung von Kaiser und Fürsten endete, kam

¹ Thomas Nicklas, Das Herzogtum Sachsen-Coburg und der Beginn des Ersten Weltkrieges. In: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 41 (1996) S. 349–370, hier S. 366.

damit auch die beinahe 600 Jahre währende Epoche der wettinischen Herrschaft über Stadt und Land Coburg zu einem Abschluss. Der gewohnte Rahmen, der das Leben der Leute lange geprägt hatte, war mit einem Schlag weggebrochen. Die Existenz Coburgs als Residenzstadt, als Hauptstadt eines international vernetzten und bekannten Herzogtums, stand auf dem Spiel.

Damit waren die Aufgaben, vor die sich das Coburger Land im 20. Jahrhundert gestellt sah, klar umrissen: Es galt, das Land aus der Unabhängigkeit unter die Fittiche eines anderen Staates zu führen und dabei in einer Weise vorzugehen, dass das in vielen Jahren geformte Sonderbewusstsein in Coburg die Möglichkeit bekam, sich behutsam den neuen Umständen anzupassen. Dies sollte insbesondere dann der Fall sein, so war man sich einig, wenn es Coburg gelänge, unter gewandelten staatsrechtlichen Verhältnissen seine wirtschaftliche und kulturelle Eigenständigkeit weitgehend zu wahren.

Wie ist dieses Ziel umgesetzt worden, wie haben sich die Erwartungen der Coburger*innen erfüllt? Diese Fragen sollen nachfolgend untersucht werden.

Das Coburger Land, das ist das Land zwischen dem unteren Itzgrund bis zum Rennsteig des Thüringer Waldes, von den beiden Gleichbergen im Westen bis zum Steinachflüsschen im Osten. Sanft ansteigende Berge und Hügel und schmälere Talgründe prägen diese Landschaft. Von Norden nach Süden ziehen sich die Bodenschichten des Trias, Buntsandstein, Muschelkalk und Keuper, wo sie im äußersten Südosten des Coburger Landes auf die Formationen des Jura stoßen. Entsprechend abwechslungsreich präsentiert sich die Vegetation dieses Landstriches. Drücken vom Norden her die Kiefernwälder des Thüringer Waldes ins Coburgische, so bietet sich hier eine Vielfalt von Heidelandschaft, Wiesen, fruchtbaren Ackerböden und Mischwäldern von Buchen, Eschen, Eichen, Fichten, Ulmen und Kiefern.

In zeitlicher Hinsicht wird die gesamte Periode von hundert Jahren in den Blick genommen, die von mehreren Wendepunkten geprägt war. Im Jahr 1920 entschieden die Coburger*innen, die alten Bande nach Thüringen zu kappen und künftig unter dem bayerischen Dach zu leben. Im Jahr 1929 wurde Coburg zur „ersten nationalsozialistischen

Stadt Deutschlands“, als die NSDAP die Mehrheit im Stadtrat übernahm. Was sich zunächst wie eine Sonderentwicklung darstellte, entpuppte sich bald als unaufhaltsamer Strom, der Deutschland in den Abgrund riss. Im Jahr 1945, als Deutschland geteilt wurde, fand sich Coburg plötzlich direkt am Eisernen Vorhang wieder; drei Viertel seiner Landkreisgrenzen bildeten gleichzeitig die Staatsgrenze der Bundesrepublik Deutschland zur DDR. 1989/1990 ereignete sich der vorerst letzte große Wendepunkt der Coburger Geschichte: als die Mauer fiel und Deutschland wiedervereinigt wurde, fand sich Coburg mit einem Schlag von der Randlage wieder in die Mitte Deutschlands, ja Europas versetzt.

Literatur: Boseckert, Schlüsselszenen. – Nicklas, Erster Weltkrieg. – Aumann, Coburger Land.

1.1 Alte Gewissheiten

- a) 2003
Gedenkmünze zur 650jährigen Herrschaft der Wettiner über Coburg
- b) [1840]
Martin Luther auf der Veste Coburg
- c) 19. April 1894
„Hessenhochzeit“ (Victoria Melita von Sachsen-Coburg und Gotha und Ernst Ludwig von Hessen und bei Rhein) im Beisein des europäischen Hochadels in Coburg
- d) [1934]
Veste Coburg



Kat.-Nr. 1.1a, Vorder- und Rückseite

Über lange Zeit speiste sich das Selbstverständnis Coburgs aus mehreren einfachen Quellen. Die Zugehörigkeit zu einer der ältesten deutschen Herrscherfamilien, den Wettinern, verwurzelte Coburg tief in der deutschen Geschichte. Gleichzeitig waren die Coburger Herzöge durch Heiraten mit vielen Dynastien Europas verwandt und machten Coburg damit selbst zum Zentrum einer großen Herrscherfamilie. Schließlich verstand sich Coburg seit dem 16. Jahrhundert als Kernland der Reformation. Durch den Aufenthalt Martin Luthers



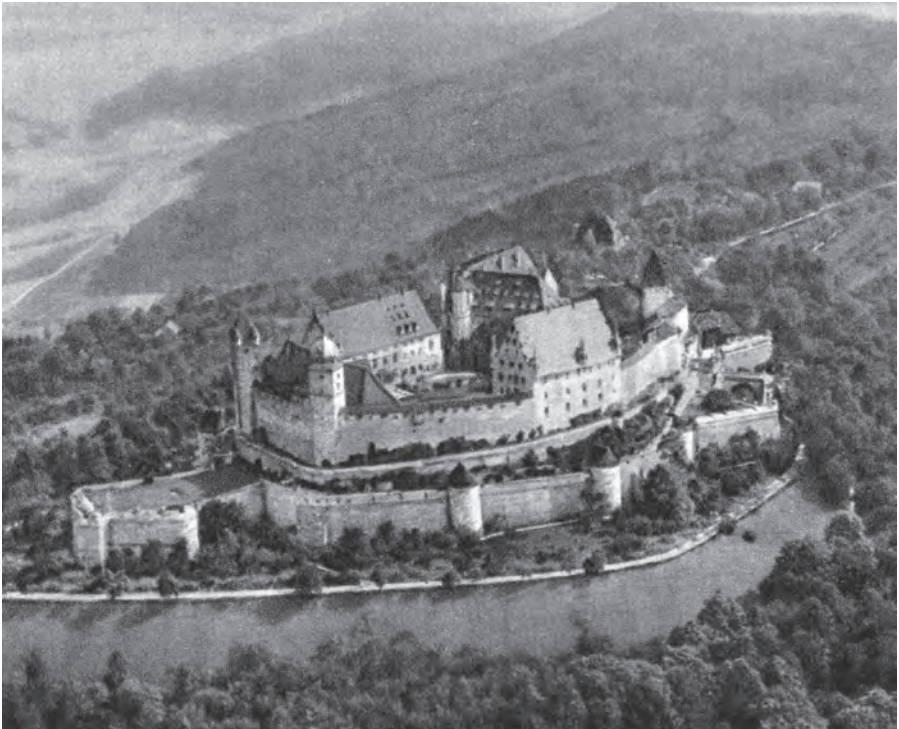
Kat.-Nr. 1.1b

im Jahr 1530 erhielt der Protestantismus sein dauerhaftes und unerschütterliches Symbol. Die Coburger Herzöge trugen durch zunächst private, ab dem 19. Jahrhundert aber zunehmend der Öffentlichkeit zugängliche künstlerische und naturkundliche Sammlungen zur Identifikationsstiftung bei.

- a) Münze, Silber (Feinsilber 999), 3 cm Durchmesser, 11 g.
Staatsarchiv Coburg, Medallensammlung 52.
- b) Plan, Papier, Tusche, koloriert, 41 x 21 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Plansammlung 2045, 1 Bl.
- c) Fotografie, Papier, s/w, 28,5 x 24 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 7737.
- d) Fotografie, Papier, s/w, 13 x 5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 2777.



Kat.-Nr. 1.1c: Gruppenbild der Hochzeitsgesellschaft mit Königin Victoria von Großbritannien (sitzend, Mitte), dem deutschen Kaiser Wilhelm II. (sitzend, links) und Zar Nikolaus II. von Russland (erste Reihe stehend, zweiter von links)



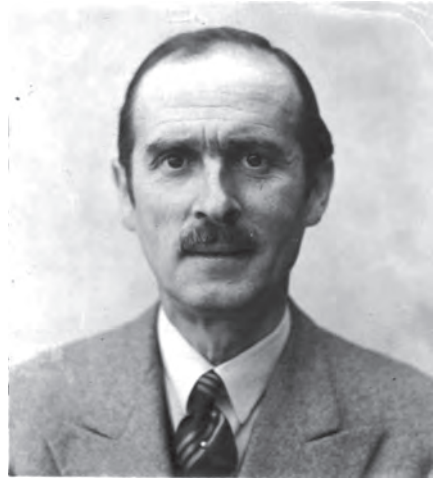
Kat.-Nr. 1.1d

1.2 Die Meinung der Zeitgenossen über Coburg

- a) 1938
Kurt von Stutterheim (1888–1978): Zwischen den Zeiten
- b) 11. April 1901
Ernst II. von Hohenlohe-Langenburg (1863–1950): Briefwechsel mit Cosima Wagner

Zeitgenossen, die Coburg in den Jahren um 1900 erlebten, geben interessante Einblicke in das Leben der Stadt. Kurt von Stutterheim, 1888 im Haus am Ahrenshügel, auf halbem Wege zwischen Coburg und Ahorn geboren, wuchs in Coburg auf und besuchte das Gymnasium

Casimirianum. Nach dem Studium ging er 1923 als Korrespondent des Berliner Tagblatts nach London und blieb dort mit wenigen Unterbrechungen bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Im August 1939 verließ er Europa und landete mit dem Schiff „Parrakoola“ in Australien. Dort lebte er über 30 Jahre und wirkte als Universitätsdozent für deutsche Literatur. Er verstarb 1978 in der Schweiz. Bereits 1938 hatte er in seinen Erinnerungen unter dem Titel „Zwischen den Zeiten“ die Stimmung in Coburg um die



Kat.-Nr. 1.2a

Jahrhundertwende geschildert. Er beschrieb Coburg einerseits als vermiefte Stadt der Stammtische und meinte andererseits: „Trotz der geringen Zahl von 23 000 Einwohnern war Koburg [!] keine uninteressante Stadt. Der Hof, der mit allen Königen und Kaisern dieser Welt verwandt war, hob Koburg nicht nur über eine Provinzstadt, sondern über die meisten Residenzen Vorkriegsdeutschlands hinaus.“²

Ein anderer Beobachter kam von außen: Ernst II. von Hohenlohe-Langenburg war kein Coburger, jedoch durch seine Heirat mit Prinzessin Alexandra, einer Tochter Herzog Alfreds von Sachsen-Coburg und Gotha, im Jahr 1896 eng mit der Coburger Herzogsfamilie verknüpft. Als er im Jahr 1900 zum Regenten für den minderjährigen Herzog Carl Eduard bestimmt wurde, wandelte sich seine Rolle komplett: der stille Beobachter wachte nun über die Geschicke des kleinen Landes. In Briefen an seine Freundin Cosima Wagner hielt Hohenlohe seine Gefühle fest. Er beklagte die „kleinstaatliche Verwaltungstätigkeit“ und suchte einen Weg sich mit „allgemeinen Dingen“ zu beschäftigen. Er wünschte die Erweckung des deutschen Geistes durch die Zusammenfassung der deutschen Kunst mit dem Protestantismus im

² Kurt von Stutterheim, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1938, S. 29.



Kat.-Nr. 1.2b

Sinne Luthers. Hier glaubte Hohenlohe-Langenburg auch in Coburg zum Nutzen des Vaterlandes wirken zu können.

- a) Buch, Papier, 324 Seiten.
Landesbibliothek Coburg Cob 11.572.
- b) Buch, Papier, 403 Seiten.
Landesbibliothek Coburg T VII 6/55.

2. Coburg wird bayerisch

Am 24. April 1920 begrüßte der bayerische Ministerpräsident Gustav von Kahr offiziell mit einem Telegramm die neuen bayerischen Landsleute aus Coburg: „Vernehme soeben mit großer Freude, dass Vereinigung Coburgs mit Bayern durch Nationalversammlung heute beschlossen wurde. Namens der bayerischen Regierung allen Coburger Mitbürgern herzlichen Willkommensgruß.“³ Wenige Monate zuvor, am 30. November 1919, hatten die Coburger*innen in einer freien Volksabstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit einen Beitritt Coburgs zum Land Thüringen abgelehnt und damit den Weg nach Bayern freigemacht. In den anschließenden Verhandlungen einigten sich die Unterhändler aus Coburg und Bayern auf die Eckpunkte einer staatsrechtlichen Vereinigung der beiden Länder. Am 14. Februar 1920 wurde der Staatsvertrag über den Beitritt Coburgs zum Freistaat Bayern unterzeichnet. Nach der Zustimmung der beiden Landesparlamente sowie der deutschen Nationalversammlung wurde am 30. April 1920 das erforderliche Reichsgesetz „betreffend die Vereinigung Coburgs mit Bayern“ ausgefertigt und verkündet. Anschlusstermin war der 1. Juli 1920. An diesem Tag, einem Donnerstag, gingen die staatlichen Befugnisse Coburgs – Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt – ohne Ausnahme auf den Freistaat Bayern über.

Kaum ein anderer Staatsakt ist sowohl in der Sicht der Zeitgenossen als auch in der Geschichtsforschung derart positiv bewertet worden, wie der Übergang Coburgs an Bayern. Für die Lösung des Coburger Ländchens aus den jahrhundertealten Bindungen zu Thüringen und den Schulterschluss mit Bayern wurden den Coburger Entscheidern große staatspolitische Weitsicht und Mut bescheinigt. Insbesondere nach 1945, als Deutschland vom Eisernen Vorhang in zwei Teile geteilt wurde, offenbarte sich die ganze Tragweite der Entscheidung von 1920. Durch den Beitritt zu Bayern befand man sich nun in der amerikanischen Besatzungszone und damit in der westlichen Welt,

³ Telegramm des Ministerpräsidenten Gustav von Kahr, 24.4.1920, Staatsarchiv Coburg, MIN Z 33, fol. 66.

während der Rest Thüringens für viele Jahrzehnte hinter der innerdeutschen Grenze verschwand. Nicht zuletzt diente der Anschluss Coburgs an Bayern als ein Lehrstück der Demokratie, weil er eben nicht in geheimen Zirkeln oder den Hinterzimmern der Mächtigen ausgehandelt worden war, sondern auf der freien selbstbestimmten Entscheidung einer allgemeinen Volksabstimmung beruhte.

Freilich gaukelt die rundweg positive Bewertung der Ereignisse eine gewisse Folgerichtigkeit vor und verstellt den Blick für die Unwägbarkeiten jener Zeit, für die überraschenden Wendungen, die von den Zeitgenossen weder geplant noch vorausgesehen werden konnten. Dies gilt auch für die Anschlussbestrebungen Coburgs an Bayern.

An dem Tag, als die Monarchie in Coburg endete, muss den Verantwortlichen in Coburg klar geworden sein, dass Coburg alleine keine Überlebenschance haben würde. Man musste sich einem größeren Staat anschließen, unklar war, welchem. Die Idee, sich an Bayern anzuschließen, kam schon in den grauen Novembertagen 1918 auf, blieb aber vorläufig ohne Durchschlagskraft. Die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Kurt Eisner war zwar Gesprächen nicht abgeneigt, wartete aber auf eine offizielle Anfrage aus Coburg. Genau damit wollte sich indes niemand aus der Deckung wagen, denn der Anschluss an Thüringen schien zunächst die logische Konsequenz der staatlichen Entwicklung zu sein. Das blieb die offizielle Linie im Frühjahr 1919: offizielle Gespräche in Weimar über einen thüringischen Gemeinschaftsvertrag, geheime Sondierungen des Staatsrats bei den Honoratioren der Vestestadt, was man über einen möglichen Anschluss an Bayern denke. Im Sommer 1919 kulminierten diese Entwicklungen. In Weimar lag der thüringische Gemeinschaftsvertrag zur Unterschrift bereit, ohne dass Coburg darin bedeutende Zugeständnisse erhalten hätte. Dagegen hatte ein Treffen zwischen Coburger Vertretern und Ministern der bayerischen Staatsregierung in Bamberg großes Entgegenkommen der bayerischen Seite ergeben. Praktisch der gesamte Coburger Forderungskatalog war von den Bayern ohne Umschweife angenommen worden.

Mit einem Schlag war den Mitgliedern der Coburger Staatsregierung klar geworden, dass es viel mehr Vorteile böte, sich Bayern

anzuschließen als Thüringen. Aber genau dorthin war die bisherige Entwicklung gegangen. Wie sollte man das Ruder umwerfen? Die Antwort fiel den Mitgliedern des Rechts- und Staatsausschusses im Juni 1919 ein, als sie über den thüringischen Gemeinschaftsvertrag zu entscheiden hatten. Eine solch weitreichende Entscheidung, so lautete ihre Beschlussempfehlung an den Coburger Landtag, könne nicht von der Staatsregierung allein, sondern müsse in einer Abstimmung durch das gesamte Volk getroffen werden. Die Idee der Volksabstimmung war geboren. Der Landtag folgte diesem Vorschlag und setzte die Volksabstimmung für den 30. November 1919 an. Damit war die Entscheidung vertagt, wertvolle Zeit gewonnen. Nun galt es, dafür zu sorgen, dass das Ergebnis der Volksabstimmung in die richtige Richtung wies. Schon am 1. Juli 1919 schrieb das Coburger Staatsministerium nach München und bat um die Übersendung von pro-bayerischem Propagandamaterial. Gleichzeitig wurde pro-thüringische Propaganda mit der Begründung untersagt, im Vorfeld der Volksabstimmung seien jegliche Agitationsmaßnahmen „untunlich“. Der Erfolg blieb nicht aus.

In Coburg setzte sich die Meinung fest, dass Thüringen alle Zugeständnisse an Coburg zurückgewiesen habe, während man Bayern zutraute, die Versorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. So war der Ausgang keine Überraschung mehr. Am 30. November 1919 lehnten 26.102 Bürgerinnen und Bürger den Anschluss an Thüringen ab, das waren fast 90 % der Befragten. Lediglich 3466 Personen stimmten für Thüringen. Damit war der Beitritt Coburgs zum neu gebildeten Land Thüringen definitiv vom Tisch. Gleichzeitig wurde nun das gesamte Kalkül, das hinter der Volksabstimmung steckte, offenbar. Während man vor dem Plebiszit in Coburg verlautbaren ließ, ein „Nein“ zu Thüringen bedeute nicht automatisch eine Entscheidung für Bayern, so lautete nun die offizielle Interpretation des Ergebnisses, die Ablehnung der thüringischen Union wäre implizit eine Zustimmung der Coburger*innen zur Vereinigung mit Bayern. Jetzt erst erfuhr die Bevölkerung, wie weit die Gespräche mit Bayern schon gediehen waren. Denn parallel zum Wahlkampf hatten Coburger und bayerische Vertreter hinter den Kulissen bereits die Eckpunkte für eine Vereinigung der beiden Freistaaten festgezurrert. Zu einer ers-

ten Sondierungsrunde waren Vertreter der Coburger Staatsregierung und mehrere bayerische Minister am 12. Juni 1919 in Bamberg, wo die bayerische Staatsregierung im Exil weilte, zusammengekommen. Der ausufernde Forderungskatalog, den die Coburger eher im Stile eines orientalischen Basars als einer diplomatischen Verhandlung den Bayern präsentierten, wurde von der Gegenseite praktisch ohne Abstriche angenommen. Die Coburger konnten ihr Glück kaum fassen. In den folgenden Besprechungen auf Referentenebene wurden diese Punkte im Detail ausgearbeitet. Im November 1919, als die Volksabstimmung anließ, hatte man sich praktisch auf ein Verhandlungspaket verständigt. Demnach würde der Freistaat Coburg aufgelöst und vollständig dem Freistaat Bayern einverleibt werden. Für diesen Schritt erhielt Coburg eine Reihe von Vergünstigungen, darunter die Verbesserung der verkehrstechnischen und versorgungspolitischen Lage, Erhalt von Handelskammer und Handwerkskammer, Schaffung eines eigenen Landgerichts, Übernahme der höheren Schulen sowie Erhalt der Coburger Landesstiftung und des Landestheaters.

Mit dem Votum des Volkes im Rücken konnte man die Verhandlungsergebnisse mit Bayern präsentieren und als politische Marschrichtung ausgeben. Die letzten Schritte bis zum Staatsvertrag verliefen problemlos. Nach den abschließenden Verhandlungen in München im Februar 1920 wurde der Staatsvertrag am 14. Februar 1920 unterschrieben. Am 11. März 1920 stimmte der bayerische Landtag dem Vertrag zu, am 18. März erfolgte die Zustimmung des Coburger Landtags. Nun fehlte nur noch die Zustimmung der Reichsregierung. Am 23. April 1920 wurde das Reichsgesetz „betreffend die Vereinigung Coburgs mit Bayern“ beschlossen, und nochmals einige Wochen später, am 21. Juni 1920, bestimmte eine Verordnung des Reichspräsidenten den 1. Juli 1920 als Termin für die Vereinigung. Am Vorabend der Vereinigung trat die Coburger Landesversammlung zu ihrer letzten Sitzung zusammen. In feierlicher Runde hielt der Landtagspräsident eine Gedenkrede, die mit den Worten endete: „Der Freistaat Coburg hat zu existieren aufgehört – es lebe Bayern!“⁴

⁴ Zitiert nach Rainer Hambrecht (Bearb.), „Nicht durch Krieg, Kauf oder Erbschaft“. Ausstellung des Staatsarchivs Coburg anlässlich der 75. Wiederkehr der Vereinigung

Mit der Entscheidung für Bayern trat Coburg in ein gänzlich neues Kapitel seiner Geschichte ein. Nach vielen hundert Jahren der Zugehörigkeit zum wettinischen Macht- und Kulturbereich und vielen Jahren der politischen Eigenständigkeit musste sich Coburg nun in einem neuen Staatswesen, zumal in einem katholisch geprägten, als Provinzstadt zurechtfinden.

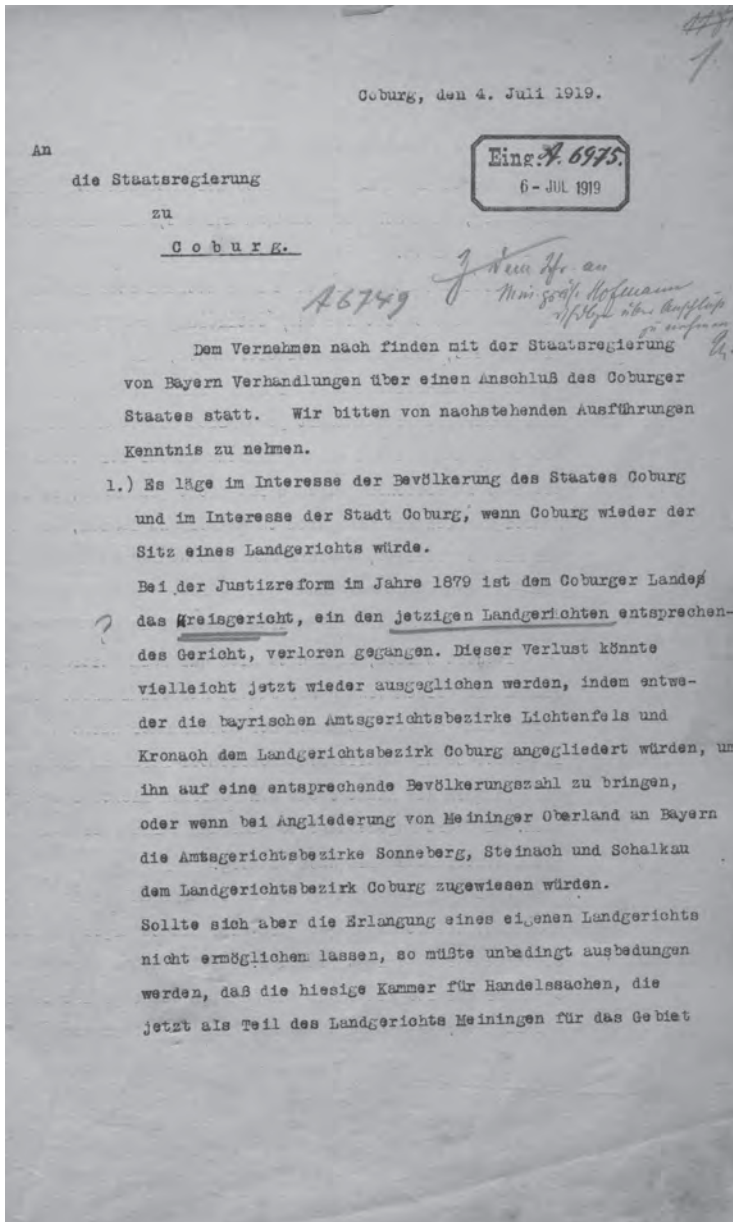
Literatur: Hambrecht, Nicht durch Krieg, Kauf oder Erbschaft. – Erdmann, Coburg, Bayern und das Reich. – Ott, Per Referendum nach Bayern.

2.1 Vereinigung Coburgs mit Bayern

- a) 4. Juli 1919
Schreiben der Coburger Notare an das Coburger Staatsministerium
- b) 14. Februar 1920
Staatsvertrag zwischen den Freistaaten Coburg und Bayern
- c) 1920
Gedenkmünze zur Volksabstimmung und zum Anschluss Coburgs an Bayern

Die Verhandlungen mit Bayern mussten in kurzer Frist geführt werden. Von der ersten Fühlungnahme bis zur Volksabstimmung vergingen nur wenige Monate. Die Erwartungshaltung in Coburg war enorm. Die Coburger*innen erwarteten, dass die Stadt auch unter bayerischer Fahne all jene Annehmlichkeiten, die man in der Selbstständigkeit genossen hatte, behalten müsse. Es gelang indes den Coburger Unterhändlern, die bayerischen Verhandlungsführer zu weitreichenden Zugeständnissen zu bewegen. Nicht zuletzt sorgte hierfür ein sehr gutes persönliches Verhältnis zwischen den Delegierten, etwa zwischen dem Neustadter Fabrikanten Max Oskar Arnold und dem bayerischen Justizminister Ernst Müller-Meiningen. Der Staatsvertrag, der am 14. Februar 1920 unterzeichnet wurde, erfüllte fast

Coburgs mit Bayern am 1. Juli 1920 (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 34), München 1995, S. 185.



Coburg, den 4. Juli 1919.

An

die Staatsregierung

zu

C o b u r g .

Eing. N. 6975
6. JUL 1919

A 6749
*J. W. H. an
 Minister Hofmann
 1/16/19 über Aufstellung
 von Verträgen*

Dem Vernehmen nach finden mit der Staatsregierung von Bayern Verhandlungen über einen Anschluß des Coburger Staates statt. Wir bitten von nachstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen.

- 1.) Es läge im Interesse der Bevölkerung des Staates Coburg und im Interesse der Stadt Coburg, wenn Coburg wieder der Sitz eines Landgerichts würde.

Bei der Justizreform im Jahre 1879 ist dem Coburger Lande das Kreisgericht, ein den jetzigen Landgerichten entsprechendes Gericht, verloren gegangen. Dieser Verlust könnte vielleicht jetzt wieder ausgeglichen werden, indem entweder die bayrischen Amtsgerichtsbezirke Lichtenfels und Kronach dem Landgerichtsbezirk Coburg angegliedert würden, um ihn auf eine entsprechende Bevölkerungszahl zu bringen, oder wenn bei Angliederung von Meiningen Oberland an Bayern die Amtsgerichtsbezirke Sonneberg, Steinach und Schalkau dem Landgerichtsbezirk Coburg zugewiesen würden.

Sollte sich aber die Erlangung eines eigenen Landgerichts nicht ermöglichen lassen, so müßte unbedingt ausbedungen werden, daß die hiesige Kammer für Handelssachen, die jetzt als Teil des Landgerichts Meiningen für das Gebiet

Staatsvertrag

Zwischen den Freistaaten Bayern und Coburg über die Vereinigung Coburg's mit Bayern.

Die Regierungen der Freistaaten Bayern und Coburg sind in dem Bestreben, die zwischen beiden Ländern und ihrer Bevölkerung bestehenden Beziehungen inniger Zusammengehörigkeit noch enger zu gestalten und die beiderseitigen gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu pflegen und zu fördern, übereingekommen, einen Staatsvertrag wegen der Vereinigung der beiden Länder abzuschliessen.

Die zu diesem Zweck ernannten Bevollmächtigten nämlich für Bayern Ministerpräsident Hoffmann

Justizminister Dr. Müller

für Coburg Staatsrat Klingler

Ministerialdirektor Dr. Fritsch

haben sich vorbehaltlich der Genehmigung der Landtage von Bayern und Coburg und vorbehaltlich des nach Art. 18 der Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 erforderlichen Reichsgesetzes über folgende Punkte geeinigt:

§ 1.

Das Gebiet des Freistaates Coburg wird mit dem Gebiet des Freistaates Bayern zu einem einheitlichen Gebiet vereinigt. Die Staatshoheitsrechte über das Gebiet von Coburg gehen mit der Vereinigung auf Bayern über.

Urk. LAF 570

Haarmann Coburg ~~Fv~~ 5c M 2a

alle Coburger Forderungen. Nach der politischen Vereinigung der beiden Freistaaten mit Wirkung vom 1. Juli 1920 folgte exakt ein Jahr darauf auch die kirchenpolitische Vereinigung: Zum 1. April 1921 löste sich die Coburger Landeskirche auf und wurde zu einem Dekanat in der bayerischen evangelischen Landeskirche.

- a) Schreiben, Papier, 33 x 19,5 cm, 2 Bl.
Staatsarchiv Coburg, MIN Z 27, fol. 1–2.
- b) Urkunde, Papier, 32,5 x 21 cm, 2 aufgedruckte Papiersiegel, 4 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Urk. LA F 570.



Kat.-Nr. 2.2c, Vorder- und Rückseite

- c) Münze, Silber, 3,8 cm Durchmesser.
Staatsarchiv Coburg, Medaillensammlung 51.

2.2 Die Verhandlungserfolge der Coburger Seite

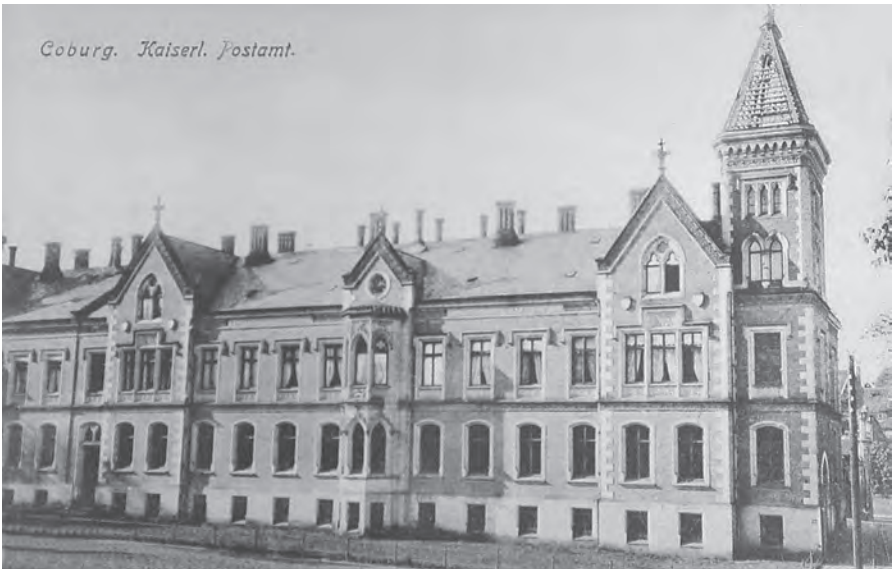
- a) 1906
Gebäude des Landgerichts in der Ketschendorfer Straße
- b) Um 1910
Gebäude des Gewerbeaufsichtsamts (ehemaliges Postamt)
- c) 1969
Coburger Landestheater
- d) 1920
Georg Alexander Hansen schreibt ein Spottgedicht auf die Coburger Schulen

Die geschickte Verhandlungstaktik der Coburger Delegierten bescherte der Stadt Coburg eine Reihe von Besonderheiten, die andere bayerische Städte von dieser Größe normalerweise nicht vorweisen können. So erhielt Coburg unter anderem den Sitz eines Gewerbeaufsichtsbeamten. Heute ist das Gewerbeaufsichtsamt Coburg im Gebäude der ehemaligen Reichspostdirektion am Oberen Bürglaß untergebracht und ist für den ganzen Regierungsbezirk Oberfranken zuständig. Des Weiteren wurde Coburg zugestanden, die vier Gymnasien ohne Einschränkungen zu unterhalten, was anfangs etwas bespöttelt wurde. Heute wird die Existenz der vier Gymnasien Albertinum, Alexandrinum, Casimirianum und Ernestinum kaum noch in Frage gestellt. Einer der größten Erfolge der Coburger Verhandlungsführer war aber mit Sicherheit, dass der Stadt der Sitz eines Landgerichts zuerkannt wurde und das Theater als Coburger Landestheater weitergeführt wurde (s.a. Kat.-Nr. 5.4).

- a) Postkarte, Papier, 10 x 15 cm.
Städtische Sammlungen Coburg / Sammlung Herold.
- b) Postkarte, Papier, 9 x 13,5 cm.
Städtische Sammlungen Coburg / Sammlung Herold.
- c) Postkarte, Papier, 10 x 14,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 2587.
- d) Bierzeitung, Papier, 36 x 22 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Casimiriana 167.



Kat.-Nr. 2.2a



Kat.-Nr. 2.2b



Kat.-Nr. 2.2c

2.3 Coburger Sonderbewusstsein auch im bayerischen Staat

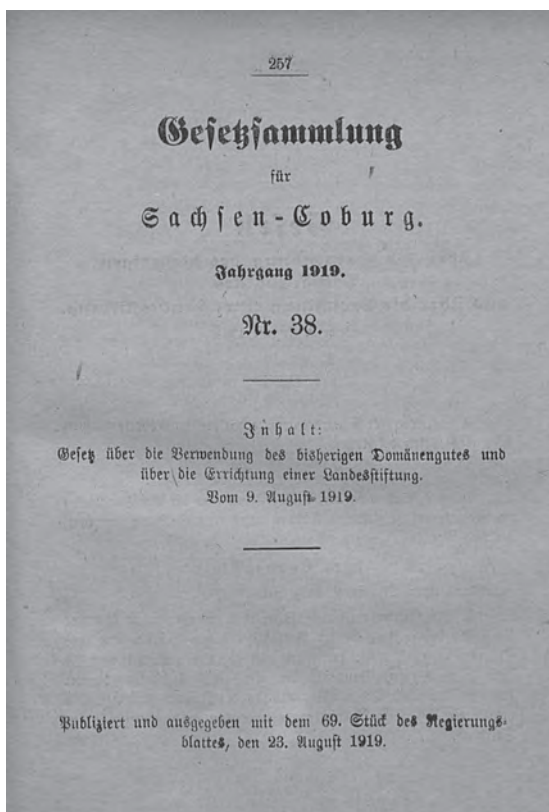
- a) 9. August 1919
Gesetz zur Schaffung der Coburger Landesstiftung
- b) 7. September 1924
Bunter Umzug während des Coburger Heimatfestes
- c) [1924]
Gedenkbecher zum Coburger Heimatfest

Ein wichtiges Ziel in allen Verhandlungen über die staatliche Zukunft war es, auch unter dem Dach eines neuen Staates wenigstens ein hohes Maß an „kultureller Selbstständigkeit“ zu behalten und die Bewahrung der Coburger Eigenart zu sichern. Die Bereitwilligkeit Bayerns, dies den Coburgern in den Anschlussverhandlungen im Jahr

1920 zuzusichern, war einer der wesentlichen Gründe, warum sich die Coburger*innen für einen Zusammenschluss mit München entschieden und nicht den Weg nach Weimar wählten. Die kulturelle Selbstständigkeit Coburgs verkörperte – neben dem Landestheater – insbesondere das Wirken der Coburger Landesstiftung.

Unter ihrem Dach konnten alle Kunstschatze, Bücher und Archivalien aus dem herzoglichen Besitz vereinigt werden. Sie wurden somit vor Abwanderung geschützt und blieben dem Coburger Land ungeschmälert erhalten. Die Landesstiftung

trug zu einem großen Teil zum Selbstbild der Coburger*innen bei. Zusätzlich zur Coburger Landesstiftung wurde im Jahr 1920 der Coburger Heimatverein gegründet, der sich zum Ziel setzte, die Landesstiftung in ihrer identitätsstiftenden Wirkung für das Coburger Land tatkräftig zu unterstützen (heute: Historische Gesellschaft Coburg). Im Jahr 1924, aus Anlass der Einweihung der in über zehnjähriger Bauzeit von Grund auf sanierten Veste Coburg, richtete die Coburger Landesstiftung ein großes Heimatfest aus. Dieses Fest wurde zu einem beeindruckenden Zeugnis des Coburger Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins.



Kat.-Nr. 2.3a



Kat.-Nr. 2.3b

Ein Beobachter des Heimatfestes urteilte noch viele Jahre später: „Im Jahr 1924 hatte Coburg etwa 23.000 Einwohner. Es ist erstaunlich, mit welcher Begeisterung und Einigkeit damals ihre Bürger eine so große Veranstaltung zustande brachten, die sich in dieser wunderbaren Größe und Weise bislang nicht wiederholt hat.“⁵

- a) Druck, Papier, 22,5 x 17,5 cm, 3 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Amtsbibliothek.
- b) Fotografie, s/w, 9 x 13,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 4283.
- c) Becher, Porzellan, glasiert, 8 x 6,9 x 4,7 cm.
Städtische Sammlungen Coburg Inv.-Nr. 4033.

Literatur: Beck, Landesstiftung. – Eckerlein, Heimat.

⁵ Ernst Eckerlein, Coburger Heimat, Bd. VI, Coburg 1986, S. 144.

3. Coburg unter dem Nationalsozialismus

Die Geschichte zeigte jedoch bald, dass die Sicherungen des Staatsvertrags nicht ausreichten, um das Bedürfnis der Coburger*innen nach Eigenart zu stillen. Mit der Ausrichtung des Heimatfestes von 1924 hatte die Coburger Landesstiftung zum letzten Mal die zentrale Rolle in der Coburger Selbstidentifikation gespielt; sie zog sich fortan aus der Öffentlichkeit zurück. Gleichzeitig stieg die Unzufriedenheit in der Stadt. Es begann mit einer finanziellen Talfahrt, die in eine wirtschaftliche Misere mündete. Die Stadt Coburg war dem Bankrott nahe, fand aber keine Geldgeber. Notwendige Gegenmaßnahmen wurden als Einschränkung durch den bayerischen Staat empfunden. Das Selbstverständnis der Coburger*innen litt zunehmend. Die Lücken, die erst das Herzoghaus und danach auch die Landesstiftung hinterlassen hatten, mussten gefüllt werden. Es war der Nationalsozialismus, der diese Fehlstelle besetzte, und es war ein schleichender Prozess, dessen vollständige Tragweite nicht jedem Beobachter sofort bewusst wurde.

Ein erster Schritt bestand darin, dass die Nationalsozialisten im immer schärfer werdenden Meinungsstreit der Weimarer Republik die richtige Seite einzunehmen schienen, die Seite, die für Ruhe und Ordnung stand und nicht für Revolution und Gewalt. Des Weiteren gelang es den Nationalsozialisten, an alte vertraute Traditionen in Coburg anzuknüpfen, indem sie sich mit dem Herzog von Coburg verbanden und die Kontinuität in der Verherrlichung allen Militärischen wahrten. In einem letzten Schritt griffen die Nationalsozialisten massiv und auf brachiale Weise in die Coburger Kommunalpolitik ein und besetzten ab Ende der 1920er Jahre die Schalthebel der Macht in der Vestestadt. Dieser ganze Prozess war begleitet von einer zunehmenden Deckungsgleichheit des Coburger Selbstverständnisses mit den Zielen und Wünschen der nationalsozialistischen Weltanschauung.

Und doch war es kein gerader Weg, keine alternativlose Entwicklung. Man kann nicht davon sprechen, Coburg sei das Versuchslabor für

die „Machtergreifung“ im Reich gewesen. Den Nationalsozialisten gelang es im Jahr 1929, den Stadtrat durch eine Volksabstimmung auflösen zu lassen. In der anschließenden Stadtratswahl erhielt die NSDAP die meisten Stimmen und gewann die absolute Mehrheit. Fortan führte die NSDAP im Stadtrat eine Politik, die zwischen Propaganda, Durchführung von NS-Wahlversprechen und offenen Drohungen oszillierte. Im Sommer 1931 trat der bisherige 1. Bürgermeister Erich Unverfähr, von den Angriffen der Nationalsozialisten zermürbt, in den Ruhestand. Das Amt übernahm der NSDAP-Ortsgruppenleiter Franz Schwede-Coburg. Coburg war damit die erste Stadt Deutschlands mit einem NS-Bürgermeister. Die Schalthebel der Macht lagen nun in den Händen der Nationalsozialisten. Aber noch bestand die Weimarer Republik, noch war die Stadt Coburg eingebunden in ein Netzwerk republikanischer Einrichtungen, wie die Regierung von Oberfranken, den Freistaat Bayern und die Reichsregierung, wo demokratische Politiker das Sagen hatten. Hinzu kam, dass in Coburg nicht nur die Nationalsozialisten Erfolge feierten. Auch andere Gruppierungen traten mit dem Versprechen auf, Sicherheit, Ordnung und das Fortleben der Coburger Eigenart bieten zu können: der Jungdeutsche Orden, die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der Tannenbergbund, der Stahlhelm (Bund deutscher Frontsoldaten) und viele andere mehr. Bis 1933, als die NSDAP auch im Reich die Macht übernahm und binnen kürzester Zeit die gesamte Parteienlandschaft zerstörte, spielten alle diese Gruppen noch eine gewisse Rolle in Coburg. Der Sieg des Nationalsozialismus war bis zu diesem Zeitpunkt keine ausgemachte Sache.

Literatur: Hambrecht, NSDAP. – Hofmann, Nationalsozialismus.

3.1 Coburgs beginnender Irrweg

- a) 1. April 1924
Franz Klingler sagt seine Teilnahme am Coburger Heimatfest ab
- b) 25. Februar 1927
Zeitungsartikel von Helmut Johnsen über das Verhältnis Bayerns zu Coburg
- c) 1932
Wahlwerbung der DNVP gegen die NSDAP

Das Coburger Heimatfest, das die Coburger Einigkeit und Eigenart in so eindrucksvoller Weise darstellen sollte, offenbarte hinter den Kulissen die ersten Risse in der Gesellschaft. Franz Klingler, SPD-Politiker und ein wichtiger Motor für die Annäherung an Bayern, sagte seine Teilnahme am Heimatfest auf Grund politischer Anfeindungen ab. Ein sichtbares Indiz dafür, dass der politische Ton in Coburg ab Mitte der 1920er Jahre rauer wurde und die Rechten ihre Angriffe auf die politischen Gegner verschärften. Die NSDAP unter ihrem umtriebigen Ortsgruppenführer Franz Schwede-Coburg tat sich mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen hervor und gewann mehr und mehr an Popularität. Es ist kein Zufall, dass erneut die Diskussionen begannen, ob Coburg in Bayern an der richtigen Stelle stehe. Während die einen nach wie vor davon überzeugt waren, dass Bayern das „gelobte Land für Coburg“ sei (Max Oskar Arnold), hielten andere die Stadt im Norden für die Strafkolonie Bayerns (Rudolf Buttman). Im Herbst 1932, als der Aufstieg der NSDAP einen empfindlichen Dämpfer erhielt, flammte der politische Meinungsstreit ein letztes Mal auf.

- a) Schreiben, Papier, 29,5 x 21 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Coburger Landesstiftung 569, fol. 1.
- b) Druck, Papier, 40 x 55 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Zeitungssammlung.
- c) Flugblatt, Papier, 31 x 22 cm.
Staatsarchiv Coburg, Spruchkammer Coburg-Stadt F 41, fol. 45.

SIACo Spk Co-SI F41 Bl. 45



Aus Coburg:
dem **WAZI** **paradies**

Wer rettet Deutschland?

Hugenberg oder Hitler?

Nationalsozialistische Prahlerei – Deutschnationale Erfolg

Am 8. November soll das Deutsche Volk über sein Schicksal entscheiden. Demokratie, Liberalismus und Marxismus haben im Runde mit dem Zentrum und den Spaltparteien Deutschland in Not und Elend gebracht. Millionen leben in dumpfer Verzweiflung. Jung und alt ohne Hoffnung für die Zukunft!

Wie ein Märchen aus „Tausend und eine Nacht“ landete die National-Sozialistische Partei auf!

Den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Handwerkern und Gewerbetreibenden, aber auch den deutschen Bauern wurde sofortige Hilfe in Aussicht gestellt.

Retzung aus tiefer Not wurde Allen versprochen!
Es kam dem November-System war die Lösung!
Tod dem Parlamentarismus lautete das Feldgeschrei!

So redeten und schrieben die Nationalsozialisten und errangen hierdurch ihre Erfolge!

Und jetzt?

Im Runde mit den verderblichen Mächten, die man notgedrungen bekämpfen, leben wir heute die Nationalsozialisten marschieren! Im Runde vor allem mit dem Todfeinde des Reiches, mit dem Zentrum. Mit dem Zentrum verhandeln die Nazis! Warum?? Um sich in Macht und Posten zu bringen. Alle Herzburger Dreiwähler sind weggefallen! Millionen nationaler gläubiger Katholiken haben dem Zentrum den Rücken gekehrt. Die Führer des Nationalsozialismus werben sich dem Zentrum an die Brust!

Weg, Verleumdung, Aufsechtung niederster Intelligenz sind die Waffen. Mit denen die Nazis die Deutschnationale Kampfpartei bekämpfen! Einmal im gemeinsamen Zusammenwirken des Reichs zu retten, wird insbesondere der Deutschnationale Führer mit den ordentlichen Wählern scheitern.

Die National-Sozialisten schmücken sich mit fremden Federn!!

Sie prahlen mit den geschwätzigen Überberatern in Weimar, Weidenburg, Lohrstein, Weidenburg-Straß, Weimarschweig!

Was ist die Wahrheit???

Wahr ist: Die Finanzen in Weimar hat der **deutschnationale** Minister Dr. Koser in Ordnung gebracht!

Wahr ist: In Weidenburg-Straß hat die **deutschnationale** Ministerin übernommen die Kasse des ordentlichen Finanzen und die großartige Vermehrung. Ihnen die **deutschnationale** Minister hinterließ.

Wahr ist: In Weidenburg-Straß brachte der **deutschnationale** Minister von Michael Finanzen und Vermehrung Ordnung, und zwar ganz allein.

Wahr ist: In Weimarschweig leitete der **deutschnationale** Minister Dr. Koser eine großartige Arbeit, Finanzen und Vermehrung sind in sauberster Ordnung.

Wahr ist: In Oberburg haben die Nazis die Regierung ganz allein! Unklar Steuerermäßigung über die Regierung. Die berichtigte Schlachttaxe einl., die bisher auf das höchste bedrängt wurde.

Wahr ist: Die Rettung der Beamtengehälter in Oberburg ist trocken die höchste in ganz Deutschland.

Wahr ist: Weimarschweig hat die besten Finanzen in ganz Deutschland. Wer hat die Rettung vollbracht? Der **deutschnationale** Finanzminister Dr. Dehlinger! Warum prahlen die Nazis nicht mit Weimarschweig? Weimar hat die besten Finanzen in ganz Deutschland. In ganz Deutschland wird bis heute ein vierziger Schwindel getrieben mit dem Nazi-Paradies:

„Coburg“

Die Nazis behaupten, sie haben die Finanzen Coburgs in Ordnung gebracht!!!

Wie ist hier die Wahrheit???

Wahr ist: Von 1929 (Beginn der Notverhältnisse) bis 1931 entstand ein Fehlbetrag von RM. 450 000.

Wahr ist: Mit Ende September 1932 hat die Regierung von Oberburg als Staatsausfallabschluß einen Fehlbetrag von 666 000 RM geschaffen.

3.2 Kontinuitäten: Das Herzoghaus und die Bedeutung der Militärs

- a) Um 1930
Die Familie von Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha
- b) September 1937
Abschiedsgruß des Generals Karl Hoefler
- c) 1935
Feier in Coburg zu Ehren des 73. Geburtstags von General Hoefler

Der Nationalsozialismus war so erfolgreich in der Stadt Coburg, weil er vorgab, an alte Coburger Traditionen anzuknüpfen. Nur unter den Bedingungen des NS-Regimes, so musste es den Coburger*innen scheinen, war es möglich, die alte Eigenart auch als einfache Landstadt im bayerischen Staat zu erhalten. Hierzu passt, dass Franz Schwede-Coburg den Coburger Raum wie einen eigenen NSDAP-Gau führte, während der eigentlich zuständige Gauleiter der Bayerischen Ostmark (in Bayreuth) im „Coburger Sonder-Gau“ wenig zu sagen hatte. Über das Identifikationsangebot der Nationalsozialisten hinaus herrschten in Coburg reale Kontinuitäten, die den Systemwechsel von 1918/20 überlebt hatten.

Ein Element war das Herzogshaus. Auch nach dem Ende der Monarchie blieb der Coburger Herzog im gesellschaftlichen Leben der Stadt omnipräsent. Herzog Carl Eduard und seine Familie waren nicht ins Exil gegangen, sondern lebten weiterhin in der Stadt. Wie vor 1918 organisierte der Herzog seinen Hof traditionell als Machtzentrum im Innern und als Repräsentationsforum nach außen. Ohne den Herzog lief in der Stadt nichts. Das für Pfingsten 1924 geplante Heimatfest, welches leicht zu einem Fest des bürgerlichen Coburg hätte werden können, musste wegen des Herzogs auf den September verschoben werden.

Ein anderes Element war die seit dem 19. Jahrhundert gepflegte Verehrung aller militärischen Umgangsformen und die Bewunderung

Coburg, September 37

Lieber Herr Festigung!

Ihre und Ihrer Frau verehrten
 Frau Gemahlin freundl. u. im Namen mit
 warmen Worten bei unserem Wiedersehen

Coburg mit herzlichsten Grüßen für
 Sie und Ihre Frau Angehörigen einen
 herzlichsten Glückwunsch.

Ihre verehrlichst ergebener
 Hofer.
 Hermann v. Königsmann



Kat.-Nr. 3.2c

alter Soldaten und Kriegshelden. Viele Veteranen nahmen ihren Ruhestand in Coburg, für andere, wie den im Jahr 1881 geborenen Curt Liebmann, zuletzt im Jahr 1939 Kommandeur der 5. Armee, wurde Coburg der Ausgangspunkt einer glänzenden Karriere. In Coburg wurde in den 1930er Jahren insbesondere General Karl Hofer (1862–1939), der im Probstgrund 6 b lebte, Teil einer wiederkehrenden Inszenierung. Hofer hatte als Führer des deutschen Selbstschutzes im Jahr 1921 in Oberschlesien gekämpft. Auf Grund seiner schweren Verwundungen konnte er kein militärisches Kommando mehr übernehmen und wurde fortan zu einer Symbolfigur der Kriegsversehrten und Frontkämpferverbände.

- a) Album, Papier, 27 x 38 cm, 24 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 7833.
- b) Autograph, Papier, 9 x 14 cm.
Staatsarchiv Coburg, Nachlass Ehrlicher 4.
- c) Fotografie, s/w, Papier, 9,5 x 14 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 4642.

3.3 Ausgrenzung als wesentliches Element der „NS-Volksgemeinschaft“

- a) 1938
Nach Argentinien geflüchtete Juden verlieren ihr Vermögen
- b) 1941/42
Chronik der NSDAP-Ortsgruppe Mitte

Nur wenige Zeitgenossen erkannten, dass das neue deutsche Selbstbewusstsein und das Gefühl einer „echten Volksgemeinschaft“ nur über den Weg der Ausgrenzung von aus Sicht der NS-Ideologie „unerwünschten“ Bevölkerungsgruppen zu erreichen waren. So auch in Coburg. Während die meisten Einwohner in Coburg sich nach 1933 daran berauschen konnten, dass der Nationalsozialismus das Sonderbewusstsein Coburgs wieder zu vollen Entfaltung gebracht habe, und die NSDAP sich mit ihren Aktivitäten feierte, wurde das Leben für die jüdischen Mitbürger zunehmend gefährlicher. Vielen blieb nur der Weg in die Emigration. Während die jüdische Gemeinde Anfang der 1930er Jahre über 300 Mitglieder besaß, lebten im Jahr 1939 nur noch 65 Juden in der Stadt. Viele Juden aus Coburg wanderten 1938/39, buchstäblich in letzter Sekunde, nach Buenos Aires in Argentinien aus. Ihr zurückgelassenes Vermögen vereinnahmte das Deutsche Reich. In den Jahren 1941 und 1942 wurden 37 jüdische Frauen und Männer, die in Coburg geblieben waren, in drei Transporten deportiert.

- a) Schreiben, Papier, 30 x 20,5 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Finanzamt Coburg 217.
- b) Band, Papier mit Kunststoffeinband, 30 x 21,5 cm, 325 Bl.
Staatsarchiv Coburg, NSDAP 8.

Literatur: Fromm, Coburger Juden.

Finanzamt Coburg Entwurf. Coburg, 3. Dezember 1938.

Vollstreckungsstelle - Zimmer 356

Sprech- u. Kassestunden an Werktagen 8-12 Uhr
 Donnerstags ist das Finanzamt geschlossen
 Girokonten: Reichsbank u. Bay. Staatsbank Coburg
 Volkshoch-Konto: Nürnberg Nr. 31680
 Fernsprecher Nr. 3282

An
die Bayerische Staatsbank
 in Coburg

Nr. 161 / 85

Gegenstand: Konto - Sperrungsantrag in Sachen Finanzamt hier
 contra Justizrat Dr. Moritz B a e r und seiner
 Ehefrau Käthe B a e r, geb. Sachs hier.

Auf Grund der Verordnung vom 12.11.38 über eine
 Sühneleistung der Juden Deutscher Staatsangehörigkeit werden
 geschuldet

- 1.) von Rechtsanwalt Justizrat Dr. Moritz Baer hier, z. Zt.
 auf der Reise nach Buenos - Aires, 16 400.-- RM und
- 2.) von dessen Ehefrau Käthe Baer, geb. Sachs 10 400.-- RM.

Zum Zwecke der Sicherung dieser Judenvermögensabgabe
 ersuche ich Sie, die bei Ihnen geführten Konten, und zwar :

das Konto des Justizrats Dr. Moritz Baer über 15 600.-- RM
 und dasjenige der Frau Käthe Baer, geb. Sachs über 9 360.-- RM
 zu Gunsten des Deutschen Reiches, vertreten durch das Finanzamt
 C o b u r g, mit Sperrvermerk versehen zu lassen.
 Weitere Nachricht wird folgen.

Im Auftrag
H. Lehner

Zugestellt am 3.12.38 um 12.00 Uhr
 an

Bayerische Staatsbank Coburg

.....

167/1001

Finanzamt Coburg

11000,-

70,-

13.749,-

745,-

745,-

Finanzamt Coburg

11000,-

70,-

13.749,-

745,-

745,-

Vermögensabgabe

I. E. Kohn

Vermögensabgabe 595,- mind. Kof.

4. Neuorientierung nach 1945

Mit dem Untergang des „Dritten Reiches“ brach für Coburg buchstäblich eine Welt zusammen. Das Identifikationsangebot, welches der Nationalsozialismus den Coburger*innen geboten hatte, war mit einem lauten Knall gescheitert. Übrig blieben nur Zerstörung, Verzweiflung und die Erkenntnis, dass die Heilsversprechen der Nationalsozialisten ein Irrweg gewesen waren.

Die Jahre nach 1945 waren von großer Not geprägt. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg war die Ernährungslage der Bevölkerung und infolgedessen auch der allgemeine Gesundheitszustand schlecht. Durch die vielen Flüchtlinge und „Displaced Persons“, die in Coburg gestrandet waren, war Wohnraum knapp.


In einer Zeit, in der alle staatliche Kontrolle zusammengebrochen war, war Gewalt an der Tagesordnung.

Zum zweiten Mal nach 1919 war den Coburger*innen der Rahmen, in dem sie ihre Identität verorten konnten, weggebrochen. Eine völlige Neuausrichtung war notwendig. Am augenfälligsten wurde der Neubeginn zunächst mit der amerikanischen Besatzung. Die amerikanische Militärregierung übernahm vollständig die Gewalt über die Verwaltung in der Stadt.

In den letzten Monaten des Krieges war Coburg das Ziel vieler Menschen gewesen, die vor den heranrückenden Fronten im Osten und im Westen in das Innere Deutschlands flüchteten. Darunter befanden sich auch bekannte Persönlichkeiten wie der Arzt Hermann Euler aus Breslau. Auch ganze Behörden und Dienststellen zogen sich aus den Kampfgebieten nach Mitteldeutschland zurück. Mehrere Abteilungen des Auswärtigen Amtes befanden sich bei Kriegsende in kleinen Orten in Mittelthüringen. Direkt nach Coburg verlegt wurden etwa die „Publikationsstelle Berlin-Dahlem“ sowie große Teile der Verwaltung des polnischen Generalgouvernements. Auch vom westlichen Kriegsschauplatz kamen Verwaltungsdienststellen nach Coburg. So wurde im Herbst 1944 das Konsulat des Unabhängigen Staates Kroa-

ten nach Coburg verlegt. Die Stelle erhielt Diensträume im Gebäude des Landgerichts an der Ketschendorfer Straße und die Konsuln bekamen Wohnungen zugeteilt.

Literatur: Appeltshauser, Hitlers Helfer. – Biess, Angst.



KONZULAT
NEZAVISNE DRŽAVE HRVATSKE
KONZULAT
DES UNABHÄNGIGEN STAATES KROATIEN
ESSEN

(13a) z.Zt. Coburg, den 16. Dezember 1944.
Ketschendorfer Straße 1
Landgerichtsgebäude
Fernruf: 2116/17/18

94
Der Regierungspräsident in Ansbach
Empf. 21.12.1944
No. f. d. d. 2
Herrn Regierung
Ansbach

Dr.G./Br.-

An den

Herrn Regierungs-Präsidenten

A n s b a c h

Das Konsulat des Unabhängigen Staates Kroatien, Essen, zurzeit Coburg, gestattet sich, nachfolgend den jetzigen Stand der Gefolgschaft mitzuteilen:

Leiter: Konsul Dr. Stjepan Gredelj
(It. der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 2.11.1944 -Prot A 12213 II 110- an die Gesandtschaft des Unabhängigen Staates Kroatien in Berlin unter dem 2.11.1944 das Exequatur erteilt)

Vizekonsul Natko Benišić,
Eleonora Benišić, Natko Benišić jr., Neda Benišić

Branimir Vidović
Leiter der Paßabteilung

Margret Bremer
Sekretärin

Milena Moll
Sekretärin

Marija Hohnjec
Beamtin

Stjepan Janjac
Beamter

Miloš Čulin
Kulturreferent


Ante Bušić
Fahrer

Marica Zobec
Hausgehilfin des Herrn Vizekonsuls Benišić

Wir bitten höflich, das Vorstehende zur Kenntnis zu nehmen und den angegebenen Beamten mit Familienangehörigen jede völkerrecht-übliche Unterstützung zu gewähren.

Für das erbtene Entgegenkommen danken wir im voraus bestens und begrüßen Sie mit dem kroatischen Ustasa-Gruß

Z a d o m p r e m n i !



Leiter - Konsul:
Stjepan Gredelj
Dr. Stjepan Gredelj

1/10392

4.1 Mitteldeutschland als Fluchtort

- a) 16. Dezember 1944
Das kroatische Konsulat verlegt seinen Dienstsitz nach Coburg
- b) 1946
Der bekannte Arzt Hermann Euler findet Zuflucht in Coburg
- c) 1947
Meldekarte des Arbeitsamts Coburg mit dem Vermerk „Flüchtling“

Nach dem Zweiten Weltkrieg beherbergte Coburg viele Flüchtlinge. Sie waren teilweise unter elenden Umständen untergebracht, wie in den Baracken in Wüstenahorn.

Aus Breslau war der berühmte Zahnarzt Professor Hermann Euler (1878–1961) nach Coburg gelangt. Die Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, deren Präsident Euler lange war, ehrte bis 2006 verdiente Persönlichkeiten mit der Hermann-Euler-Medaille. Heute weiß man, dass Euler für die „Säuberung“ von jüdischen Kollegen an der Universität Breslau verantwortlich gewesen ist. Euler hat in Coburg für einige Zeit Zuflucht gefunden, bevor er einen Ruf an die Universität in Köln erhielt.

Bereits in der Schlussphase des Krieges waren viele Regierungsdienststellen von Berlin oder aus den Grenzregionen ins Innere Deutschlands verlegt worden.

Sorgfältig aufbewahren und bei jeder Meldung vorlegen.

Arbeitsamt Coburg		Bei Arbeitsvermittlung Unterschieds-Nr. 37013
Meldestelle: <i>Coburg</i>	Berufsgruppe: <i>3721</i>	Stamm-Nummer: <i>69914</i>
Meldetag:	Meldedat:	
Meldekarte Flüchtling		
Zuname: <i>Freundl</i>	Vorname: <i>Johann</i>	
geb. am: <i>8.9.12</i>	geb.-Stand: <i>verh.</i>	Zuschl.-Empf.:
Beruf: <i>Bäder</i>		
Wohnort: <i>Dorfles, Ringstr.</i>	Straße Nr. <i>2a</i>	
Unterschrift des Arbeitslosen: <i>Hermann Freundl</i>		
Krankenkasse: <i>Coburg</i>		
<ol style="list-style-type: none"> 1. Das bei der Arbeitslosmeldung ausgehändigte Merkblatt ist besonders zu beachten. 2. Die Meldungen haben in den jeweils durch Aushang bekanntgegebenen Tagen und Stunden zu erfolgen. Meldezettel pünktlich einreichen! Versäumnis der Meldeseiten zieht den Verlust der Untersützung nach sich. 3. Die Meldekarte darf nur persönlich in Verbindung mit einem Personalbeweis zur Anstempelung vorgelegt werden. Jede Änderung in den Einträgen ist vermerken und zieht Ordnungsstrafe oder Strafanzahlung nach sich. Da die Meldekarte als Nachweis der Arbeitslosigkeit dient, ist sie sorgfältig aufzubewahren. 4. Wohnungswechsel, Arbeitsaufnahme und Erkrankung sind dem Arbeitsamt sofort anzuzeigen. 5. Bei Wiederanmeldung ist diese Karte vorzulegen. Der Verlust der Meldekarte ist sofort zu melden. 		

LAA Nordbayern Nr. 813 17/III, II, 50.

Kat.-Nr. 4.1c

In Coburg hatte sich zum Beispiel gegen Jahresende 1944 das kroatische Konsulat aus Essen niedergelassen. Die kroatischen Konsuln bekamen zwar repräsentative Räume in Coburg zugewiesen, erhielten aber bei der Zuteilung von Kaffee, Sekt und Wein keine Vorzugsbehandlung.

- a) Schreiben, Papier, 30 x 20 cm, maschinenschriftlich, 1 Bl.
Staatsarchiv Nürnberg, Regierung von Mittelfranken, Abgabe 2000, Nr. 6089.
- b) Akt, Papier, 32 x 23 cm, 41 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Spruchkammer Coburg-Stadt E 126.
- c) Meldekarte, Papier, 15 x 10,5 cm, Vordruck mit handschriftlichen Eintragungen.
Privatbesitz.

Literatur: Euler, Lebenserinnerungen eines Lehrers der Zahnheilkunde.

4.2 Die militärische Besetzung des Coburger Landes

- a) 1946
Gefangenenbuch des Landgerichtsgefängnisses
- b) Um 1970
Gefängnisgebäude in der Leopoldstraße

Nach tagelangem Artilleriebeschuss marschierten amerikanische Streitkräfte am 11. April 1945 in Coburg ein. Die Einheiten des XII. US-Corps der 3. US-Army rückten nach zwei Tagen wieder ab, nun nahm die amerikanische Militärverwaltung ihren Dienst in Coburg auf. Die Amerikaner verhängten eine Ausgangssperre, rationierten die Lebensmittel und versuchten eine rudimentäre Stadtverwaltung aufzubauen. Zahlreiche Zeitzeugen berichten von den verworrenen Zuständen der ersten Nachkriegsjahre. Erste Begegnungen mit US-amerikanischen Soldaten haben sich tief in die Erinnerungen eingepägt. Verwaltungsakten jener Zeit dokumentieren insbesondere das polizeiliche Handeln in den Jahren 1945 und 1946. Dies gibt einen ungefähren Eindruck über die Gefährlichkeit dieser Jahre und den Versuch, die Willkür der Gewalt einzudämmen. Kleine Zufälle konnten ganze Schicksale entscheiden, und von einem auf den anderen Tag



Kat.-Nr. 4.2b

konnte sich eine ganze Welt ändern. Ging die deutsche Polizei in den letzten Kriegstagen insbesondere gegen flüchtige oder unbotmäßige Fremdarbeiter vor, waren es nach dem Einmarsch der Amerikaner die Angehörigen der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen, die die Verhaftung fürchten mussten.

- a) Band, Papier, Einband, 42 x 30 cm, Vordruck mit handschriftlichen Eintragungen.
Staatsarchiv Coburg, Landgerichtsgefängnis Coburg 21.
- b) Fotografie, s/w, 17 x 25 cm.
Stadarchiv Coburg, Bildsammlung Fo._04.01._L_00021.

4.3 Versuch einer geistigen Neuorientierung: die Spruchkammern

- a) 1946–1947
Spruchkammerakte eines Angehörigen der Waffen-SS
- b) 4. April 1946
Hilfe beim Löschen einer brennenden Synagoge als strafmildernder Grund

Im Zuge der von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg eingeleiteten Entnazifizierung sollten Deutschland und Österreich vom Nationalsozialismus befreit werden. Jeder Deutsche über 18 Jahre musste vor einer der dafür eingerichteten Spruchkammern Auskunft über seine politischen Verstrickungen geben. Was eigentlich zu einer schonungslosen Aufarbeitung des NS-Unrechts werden sollte, verkam vielerorts zu einer Farce. NS-Verbrecher stellten sich gegenseitig sog. Persilscheine aus, die sie von aller Schuld freisprachen. Verbrechen wurden vertuscht. Auch Angehörige der Waffen-SS, von denen wir heute wissen, dass sie nicht selten an schweren Kriegsverbrechen beteiligt waren, mussten vor den Spruchkammern keine Konsequenzen fürchten. Andere gaben sich fadenscheinige Zeugnisse, indem sie behaupteten, sie hätten im Herbst 1939 beim Brand einer jüdischen Synagoge in Polen beim Löschen geholfen.

- a) Akt, Papier, 32 x 22,5 cm, 15 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Spruchkammer Coburg-Land H 6.
- b) Schreiben, Papier, 29,5 x 21 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Spruchkammer Coburg-Stadt D 75, fol. 19.

Richard Freytag
Coburg
Strassburgerstr Str 6 B.

den 4. April 1946.

Bestätigung
=====

In meiner Eigenschaft als Unteroffizier der Ortskommandantur II/650 hatte ich Gelegenheit im Jahre 1939 und 1940 mit Herrn Arno Dinkel, Coburg, Bahnhofstr. 19, I., dem damaligen Adjutanten dieser Ortskommandantur, in Lowicz zusammen zu sein.

Ich bestätige hiermit an Eidesstatt, dass Herr Arno Dinkel, der judenfreundlich eingestellt war, stets wohlwollend zu Polen und Juden war. Ich sah ihn öfters mit einer jüdischen Frau Caspari, die aus Erfurt stammte, und in Coburg Verwandte hatte, - mit einer jüdischen Seifenfabrikantentochter, mit dem jüdischen Rechtsanwalt, Hausbesitzer des Hauses der Ortskommandantur, mit dem jüdischen Bäckermeister und mit dem Schuhmacher Tannenbaum - zusammen sitzen. -

Als am 9. November 1939 die Synagoge in Lowicz angezündet wurde, ging Herr Dinkel öfter Erster freiwillig zur Feuerstelle. -

Bei einem Raubüberfall von deutschen Soldaten einer Nachschubeinheit - Kompanieführer Hauptmann Sperber, liess Herr Dinkel, - in Abwesenheit des Ortskommandanten, der beurlaubt war, von sich aus, die Soldaten der ganzen Garnison Lowicz antreten, um die Täter mit polnischen Zivilisten zusammen, festzustellen.
Er fuhr ausserdem mit der betreffenden Händlersfrau durch die Stadt.

Die 4 Täter wurden gestellt - und bekamen Zuchthausstrafen. -

Bei einem Einbruch bei jüdischem Händler, ging er, in der Nacht sofort zur Nachsuche über. -

Richard Freytag

BETRIFFT:

ARNO DINKEL
COBURG
M 5815

4.4 „Selbstbehauptung“ als Kern der politischen Gesinnung in Coburg

- a) Nach 1945
Coburgs eingeklemmte Lage
- b) 1970
Warnung vor den tödlichen Grenzanlagen der DDR
- c) 19. Juni 1948
Oberbürgermeister Ludwig Meyer schreibt an die amerikanische Militärregierung

Da die Entnazifizierung von vielen als Werkzeug der Sieger empfunden wurde, bot sie wenige Möglichkeiten zu einer Neuorientierung der Coburger*innen. Die Einwohner der Stadt erhielten aus ganz anderer Richtung einen Anknüpfungspunkt für die alte Coburger Mentalität: Es waren die deutsche Teilung und das Leben am Eisernen Vorhang, die das Selbstverständnis der Coburger*innen fortan prägen sollten. In dieser gleichzeitig exponierten wie eingeklemmten Lage der Stadt wurde der Wille zur „Selbstbehauptung“ zum vorherrschenden Gefühl. Vordergründig gegen den kommunistischen Gegner im Osten gerichtet, verstand sich die Selbstbehauptung unausgesprochen darauf, die Coburger Eigenart auch weiterhin ungeachtet der düsteren Vergangenheit gegen das übermächtige Bayern zu bewahren. Politische Heimat fand diese Gesinnung in der FDP der Nachkriegsjahre, die vielerorts als Hort nationalkonservativer Ideologie galt. Sogar der Coburger Oberbürgermeister Ludwig Meyer von der SPD wollte von einem Rückfall der Coburger*innen zum Nationalsozialismus nichts wissen und verteidigte die politische Einstellung. Die Coburger Eigenart verabsolutierend erklärte er, die Coburger hätten gar keine andere Wahl gehabt als für die FDP zu stimmen. Hier bestehe ein protestantisches und antisozialistisches Milieu, das von der FDP am besten repräsentiert sei. Sinnfälligsten Ausdruck bekam diese Haltung zudem seit Anfang der 1950er Jahre mit der Stationierung des Bundesgrenzschutzes in der Stadt. Mit diesem Schritt, der bewusst an die militärischen Traditionen der Vestestadt anknüpf-



Kat.-Nr. 4.4b

te, erhielt die Coburger Selbstbehauptung auch ihre „weltanschauliche Truppe“.

- a) Faltblatt, Papier, 21,5 x 9 cm.
Privatbesitz.
- b) Plakat, Papier, kolorierter Druck, 42 x 29,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Zeitgeschichtliche Sammlung 235.
- c) Schreiben, 29,5 x 21 cm.
Staatsarchiv Coburg, OMBY, Akten des Local Detachment in Coburg 9/99-2/14.

Literatur: Widmann, Coburg.

5. Coburgs Weg in die Gegenwart

Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war in Coburg der Alltag in unmittelbarer Nähe zur deutsch-deutschen Grenze prägend. Augenfälliges Symbol der deutschen Teilung war die „Berliner Mauer“. Der steinerne Ring um West-Berlin hatte eine Gesamtlänge von 155 Kilometern; er bestand aus einem Innenring und einem Außenring, dazwischen lag ein Todesstreifen gesichert mit Alarmgittern, Stolperdrähten, einbetonierten Stahlspitzen, Hundelaufanlagen, Panzergräben, Kfz-Fallen, Wachtürmen und Bunkern. Der Bau dieser Mauer, der am 13. August 1961 begann, aber erst viele Jahre später beendet war, erschien den Deutschen als das dunkelste Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg.

Mit der Teilung Berlins und der Wirkmächtigkeit der „Mauer“ scheint die Geschichte der übrigen Grenze fast in Vergessenheit geraten zu sein. Dabei muss man sich nur die angespannte Atmosphäre, die tagtäglich an der Grenze herrschte, sowie die zahlreichen Grenzzwischenfälle vor Augen halten, um zu ermessen, wie brenzlich und gefährlich die Lage zwischen Ost und West während des Kalten Krieges war. Und so gab es auch im Coburger Land symbolische Orte wie die „Gebrannte Brücke“ oder den „Generalsblick“, die sinnbildlich für eine unerträgliche Grenzziehung und eine unmenschliche Errichtung von tödlichen Sperranlagen standen.

Geschützt wurde die deutsche Grenze auf westdeutscher Seite von den Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Bayerischen Grenzpolizei. Durch die unablässige Grenzüberwachung und die Erstattung täglicher Grenzlagemeldungen waren die Behörden über den Zustand an der Grenze stets gut informiert.

Insbesondere der Bundesgrenzschutz (BGS) war jedoch von Beginn an mehr als eine Truppe zur Sicherung der deutschen Außengrenzen. Der BGS wurde in Coburg auch zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor und spielte eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis der Stadt.

Die exponierte geographische Lage und das Gefühl einer Bedrohung („Zonenrandgebiet“) bildeten gleichsam den Rahmen, in welchem sich Coburgs Weg in die Moderne abspielte. Die Landwirtschaft, die industrielle Entwicklung sowie notwendige Reformen in der Verwaltung bildeten wichtige Motoren in diesem Prozess. Hinzu kam, dass das Stadtbild Coburgs sich seit dem Zweiten Weltkrieg so schnell veränderte, wie es in den Jahrhunderten zuvor nicht der Fall gewesen ist. Große und alte Gebäude mussten neuen, funktionaleren Bauwerken weichen oder Platz machen für moderne Verkehrsprojekte. Beispielhaft für diese Entwicklung stehen der Abriss der Coburger Druck- und Verlagsanstalt an der Mohrenstraße und der Neubau des Kaufhofgebäudes an derselben Stelle sowie die Entstehung eines neuen Stadtteils am Hörnleinsgrund, dem „Demonstrativbauvorhaben des Bundesbauministeriums“, kurz Demo genannt. Weitere Großprojekte waren das neue HUK-Gebäude, das Kongresshaus, der Bau der Fachhochschule sowie die Sanierung des Freibades an der Rosenauer Straße (ehemaliges Hindenburgbad). Moderne Straßen- und Zuganbindungen wurden geschaffen. Bei alledem blieben die Coburger*innen jedoch ihren alten Institutionen wie dem Landestheater treu. So gelang es, dass die Coburger*innen in die Demokratie hineinwuchsen, und Stadt und Land Coburg ein integraler Bestandteil des Freistaats Bayern werden konnten.

Seit 1950, also dem Jubiläum der 30jährigen Zugehörigkeit zu Bayern, wurden die runden Jahrestage des Anschlusses an Bayern stets in großen Veranstaltungsreihen unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung feierlich begangen.

Einen bedeutenden Entwicklungsschub erhielt das Coburger Land in den 1970er Jahren während der kommunalen Gebietsreform. Dieses wichtige gesamt-bayerische Projekt, das die Zahl der Landkreise und Gemeinden drastisch senken sollte, um die Verwaltung effizienter zu gestalten, hatte große Auswirkungen auf Coburg. Stadt und Landkreis Coburg hatten ein eminentes Interesse daran, ihre Flächen zu vergrößern, um überlebensfähig zu bleiben.

Die Idee der Gebiets- und Verwaltungsreform war Anfang der 1970er Jahre nicht neu. Die Planungen reichten bis in die 1950er Jahre zurück.

Ein erster Vorstoß war der sog. Ankermüller-Plan, der zum Ziel hatte, die Anzahl der Gemeinden drastisch zu reduzieren, aber nicht weiter verfolgt wurde. Dasselbe Schicksal erlitt kurz darauf das sog. Kollmann-Gutachten, dessen Ziel vor allem die Beseitigung der Zwerggemeinden gewesen war. Den Anstoß zu praktischen Maßnahmen gab im Jahr 1961 Innenminister Alfons Goppel: In einem Ministerialentschluss wurde bestimmt, dass Kleinstgemeinden unter 100 Einwohnern sich größeren Gemeinden anzuschließen hätten. Wenige Jahre später wollte Goppel, jetzt als Ministerpräsident, die Gebietsreform erneut vorantreiben. Anfang 1967 wurde eine Expertenkommission unter dem Staatssekretär Hugo Fink eingesetzt, die Vorschläge zur Gebietsreform erarbeiten sollte. Aber erst mit dem Beginn der dritten Legislaturperiode des Kabinetts Goppel wurde die kommunale Gebietsreform wirklich angepackt: den Startschuss gab Ministerpräsident Goppel in seiner Regierungserklärung vom 27. Januar 1971.

Die Notwendigkeit einer territorialen Neugliederung, und damit einer Anpassung der Gemeinde- und Verwaltungsstrukturen in Bayern, wurde von allen Parteien anerkannt. Die Gemeinden hatten noch die Gestalt, die sie im 19. Jahrhundert während der Reformen des Ministers Montgelas erhalten hatten, die Hälfte von ihnen zählte weniger als 500 Einwohner. Auch die Zahl der Landkreise sollte verringert werden. Eine Neueinteilung der Landkreise und Gemeindebezirke sollte die kommunale Selbstverwaltung stärken, das Leistungsgefälle zwischen Stadt und Land abbauen und der Verwaltung Effektivität und Bürgernähe geben. Dabei sollte die Gebietsreform, und auch da waren sich alle Parteien einig, nur die Grundlagen schaffen für eine sich anschließende Funktionalreform, also für eine grundlegende Verwaltungsreform, mit dem Ziel, Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten von oben nach unten zu verlagern.

Bereits vor Beginn der eigentlichen Reformschritte war es in Coburg zu beachtlichen Maßnahmen gekommen. Zahlreiche Gemeinden im Landkreis hatten sich zusammengeschlossen, so dass sich die Zahl der Gemeinden von 125 auf 64 verringerte. Prominentes Beispiel ist der Zusammenschluss der ehemaligen Gemeinden Mönchröden,

Einberg, Oeslau, Rothenhof, Unterwohlsbach und Kipfendorf zu der neuen politischen Großgemeinde Rödental zum 1. Januar 1971.

Sofort nach Bekanntwerden der Reformpläne der Staatsregierung im Januar 1971 brachte sich der Coburger Oberbürgermeister Wolfgang Stammberger mit einer ausführlichen Denkschrift in München in Stellung.⁶ Coburg sei eine alte Residenzstadt, so führte Stammberger aus, die jetzt auf den Status einer Provinzstadt herabgedrückt sei. Schon gingen die Bevölkerungszahlen Coburgs zurück. Der Verfall sei nur durch die Gebietsreform aufzuhalten, so mahnte der Oberbürgermeister, indem der Stadt neuer Entwicklungsraum gegeben werde, und man im Übrigen dafür Sorge, dass die Einwohnerzahl Coburgs sich um 50.000 herum bewege (dies war die Kennzahl für Kreisfreiheit in den ersten Besprechungen zur Landkreisreform). Hierzu forderte Stammberger die Eingemeindungen von Bertelsdorf, Creidlitz, Lützelbuch, Rögen, Scheuerfeld, Seidmannsdorf sowie von Ahorn, Neudörfles und Niederfüllbach, wobei er ergänzte, er wolle nicht als landgieriger Raubritter auftreten.

Dieses Maximalprogramm der Stadt Coburg war wiederum eine große Gefahr für den Landkreis Coburg. Die Abtretung der Coburger Randgemeinden und ihr Übergang vom Kreis an die Stadt würden einen Verlust von Steuerkraft bedeuten, der nur schwer zu verkraften war. Um den Landkreis Coburg lebensfähig zu erhalten, war eine Reihe von Voraussetzungen nötig:

Zum einen musste es das Ziel sein, weitere Gebietsverluste für den Landkreis zu verhindern. Diese Zielsetzung wurde sehr deutlich beim Kampf um die sog. Steinachtalgemeinden. Die drei Gemeinden Horb an der Steinach, Leutenhof und Mödlitz sollten auch nach der Gebietsreform beim Landkreis Coburg bleiben. Im Oktober 1971 kam ein Alternativvorschlag auf, nach dem die Gemeinden zum Landkreis Kronach kommen sollten. In Coburg war der Aufschrei groß. Das Landratsamt sprach sich in einer Stellungnahme für den Verbleib

⁶ Stellungnahme von Oberbürgermeister Stammberger zum Entwurf einer Verordnung zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, 27.8.1971, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 100576.

bei Coburg aus. Aber es half nichts: nach einem zweiten Anhörungsverfahren kamen die Gemeinden an den Landkreis Kronach.

Zum zweiten mussten Verluste durch Zugewinne an anderer Stelle ausgeglichen werden, die naturgemäß nur im Süden des Landkreises liegen konnten. So gelangten große Teile des aufgelösten Altlandkreises Staffelstein an den Landkreis Coburg und zwar die Gemeinden im Itzgrund (Kaltenbrunn, Gleußen, etc.) sowie der sog. Seßlacher Winkel um die Stadt Seßlach. Ursprünglich war auch geplant, einige Gemeinden des aufgelösten Kreises Ebern an Coburg anzugliedern; hierzu kam es jedoch nicht. Am weitesten gingen die Planungen, die Landrat Klaus Groebe im Frühjahr 1971 nach München sandte.⁷ Groebes Planungen kreisten um die Idee eines „Großlandkreises“, dem er den Namen „Obermain“ geben wollte. Dieser Großlandkreis sollte aus den Altlandkreisen Coburg, Lichtenfels und dem Norden des Landkreises Staffelstein bestehen. Nur auf diese Weise, so argumentierte Groebe, könne man die Gebietsverluste an die Stadt Coburg auffangen und den Landkreis angesichts der bedrückenden Zonenrandlage dauerhaft lebensfähig machen. So wichtig war ihm das Vorhaben des Großlandkreises, dass er sogar Lichtenfels als Kreissitz vorschlug. Groebes hochfliegende Planungen hatten jedoch keine Chance auf Umsetzung. Schon im August 1971 berichtete die Regierung von Oberfranken an das Innenministerium, dass man eher nichts von der Idee halte. Die Bestimmung des Kreissitzes in so einem Gebilde sei eher schwierig; zudem würden die Landkreise Kulmbach und Kronach an die Seite gedrängt.

Das dritte Ziel für den Landkreis Coburg musste es sein, gerade weil die weitgehenden Konzepte Groebes nicht umgesetzt werden konnten, unter allen Umständen die Stadt Neustadt bei Coburg für den neu zu bildenden Kreis zu gewinnen. Zur Hebung der Leistungskraft des Landkreises Coburg, hieß es im Arbeitsbogen der Regierung, sei die Einbeziehung Neustadts notwendig. Dies war ein schwieriges Unterfangen, denn Neustadt war kreisfrei, und anders als viele Städte, die ihren kreisfreien Status altem Herkommen verdankten, gründete

⁷ Landrat Groebe an Innenminister Merk, 9.6.1971, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MIIn 100331.

Neustadt seine Kreisfreiheit auf den Staatsvertrag von 1920, durch welchen Sachsen-Coburg an Bayern gekommen war. Zwar war die Kreisfreiheit in der NS-Zeit bereits einmal für einige Jahre verlorengegangen, aber die Bayerische Staatsregierung unter Wilhelm Hoegner hatte Neustadt die Kreisfreiheit wieder zuerkannt. Noch 1970, zum 50-jährigen Jubiläum des Staatsvertrags, hatte sich Ministerpräsident Alfons Goppel zu dem Vertrag bekannt. Für Coburg wurde nun aber die Eingemeindung Neustadts zum Eckstein für das Gelingen der gesamten Reform. Tatsächlich unterstützte die Staatsregierung das Vorhaben. In einem nicht namentlich unterzeichneten Aktenvermerk aus dem Innenministerium wurde der Fahrplan für die Rückkreisung Neustadts festgelegt⁸. Es sollten Verhandlungen des Ministeriums mit Neustadt stattfinden, die die freiwillige Eingliederung Neustadts zum Ziel hätten, um die rechtlichen Schwierigkeiten aus dem Staatsvertrag zu umgehen. Zwar sei die Auffassung der Staatskanzlei, dass der Staatsvertrag der Rückkreisung Neustadts nicht im Weg stehe, aber die Rückkreisung sei nicht ganz risikolos. Grundsätzlich könne man die „Clausula rebus sic stantibus“ heranziehen, aber um sicher zu sein, müssten hierfür zunächst Verhandlungen mit der Stadt über eine Abänderung des Vertrags stattgefunden haben. Schon die Regierung von Oberfranken hatte in ihren Planungen damit geliebäugelt, den Verlust der Kreisfreiheit Neustadts mit § 242 BGB (Wegfall der Geschäftsgrundlage) zu begründen. Beim Abschluss des Staatsvertrags von 1920, so hieß es wörtlich, konnten die Beteiligten noch nicht voraussehen, welche Aufgaben eine kreisfreie Stadt im Interesse ihrer Bürger in den verschiedensten Bereichen zu erfüllen hat. Landrat Groebe drängte in München darauf, in Fragen der finanziellen Entschädigung möglichst weit zu gehen, um einen Rechtsstreit zu vermeiden, aber das genügte am Ende nicht. Nach einer Volksbefragung unter den Neustädter Bürgern entschied sich die Stadtverwaltung dazu, die angebotene Entschädigung auszuschlagen und eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen. Die Klage wurde abgewiesen, denn das Gericht folgte der Argumentation der Regierung, die „Clausula rebus sic stantibus“ habe den Staatsvertrag in

⁸ Nicht-unterzeichneter Aktenvermerk, 1971, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MInn 100330.

diesem Punkt unwirksam gemacht. Neustadt wurde zum 1. Juli 1972 als Große Kreisstadt Teil des Landkreises Coburg.

Den letzten großen Wendepunkt in der Geschichte Coburgs brachte die deutsch-deutsche Wiedervereinigung von 1989/90. Auch 30 Jahre danach sind die Folgen dieses epochalen Ereignisses für Coburg noch nicht gänzlich zu überblicken. Mit einem Mal war Coburg aus seiner eingeklemmten Lage befreit und konnte erstmals seit 40 Jahren wieder offen mit seinem thüringischen Hinterland in Verbindung treten. In Coburg leitete man aus der neu gewonnenen Lage sogleich eine Mittelpunktfunktion ab. Große verkehrspolitische Projekte schienen diese Erwartung zu bestätigen: Dem Ausbau der Bundesstraße 4 (Errichtung der Frankenbrücke) folgte die Verlängerung der Autobahn A 73 über Lichtenfels hinaus bis nach Suhl. Den vorläufig letzten Schritt bildete der Ausbau der ICE-Trassen zwischen Bamberg und Erfurt („Verkehrsprojekt Deutsche Einheit“) mit der Schaffung des ICE-Halts in Coburg im Jahr 2017. Besonderer Ausdruck der Wiedervereinigung wurden in der bayerisch-thüringischen Grenzregion jedoch die sog. Lückenschlüsse, die Verbindung der Schienenstränge der lokalen Zugverbindungen, von denen aber nicht alle verwirklicht werden konnten. Wer Coburg nun aber in einem ungebremsen Aufschwung wähnte, sah sich getäuscht. Rückschläge erfolgten bald. So wurde Coburg in den 1990er Jahren von staatlichen Einsparmaßnahmen getroffen, als ansässige Behörden aufgelöst wurden. Die Staatsregierung in München wollte nicht länger auf Coburger Besonderheiten Rücksicht nehmen. Am schwersten wog die Aufgabe des BGS-Standortes durch die Bundesrepublik Deutschland, die erst nach zähen Verhandlungen durch den Erhalt des Gewerbeaufsichtsamts sowie die Verlegung des Zentralen Mahngerichts nach Coburg ausgeglichen werden konnten. Die wirtschaftliche Krise war bald auf dem Arbeitsmarkt zu spüren. Gleichzeitig gerieten alte Gewissheiten, die in Coburg bereits mehrere Systemwechsel überlebt hatten, nun in Vergessenheit. Als im Jahr 1997 die Bayerische Landesausstellung „Ein Herzogtum und viele Kronen“ auf Schloss Callenberg stattfand, schien dies die Folie für eine neuerliche Selbstvergewisserung genauso wie für eine Feier der Coburger Eigenart zu bieten, doch trotz eines vielfältigen Veranstaltungsprogramms blieben die Besucherzahlen

5.1 Das Leben am Eisernen Vorhang

- a) August 1967
Der „Falkensteiner Zwischenfall“ sorgt für deutsch-deutsche Spannungen
- b) 1989/1990
Öffnung der Grenze bei Falkenstein
- c) 1971
Bau des Grenzübergangs Rottenbach

Die exponierte Lage Coburgs am Eisernen Vorhang erforderte einen wachsamem Schutz an der innerdeutschen Grenze. Im Jahr 1951 wurden zwei Hundertschaften des neu gegründeten Bundesgrenzschutzes (BGS) nach Coburg verlegt. Weitere Einheiten folgten, zuletzt befand sich in Coburg auch ein Ausbildungsstandort. Der BGS, der durch die Verwendung der Uniformen und des Stahlhelms bewusst an Traditionen der Wehrmacht anknüpfte, revitalisierte Coburgs alte Rolle als Garnisonsstadt. Aber im Unterschied zur Landespolizei der Vorkriegszeit entwickelte sich der BGS nicht zur Keimzelle einer antirepublikanischen Haltung, sondern trat aktiv für Freiheit und Demokratie ein.

Dass das Leben an der innerdeutschen Grenze spannungsvoll war, belegen die Zwischenfälle, die von Zeit zu Zeit an der Grenze vorkamen. Im Jahr 1945 hatten amerikanische und russische Soldaten den Verlauf der Demarkationslinie zwischen den Besatzungszonen im Bereich Falkensteins (Gde. Ludwigsstadt, Lkr. Kronach) aus eigener Initiative korrigiert, weil der geplante Grenzverlauf mitten durch die Küche eines Ausflugslokals verlaufen wäre. Diese Grenzziehung ging als sog. Bierdeckelabkommen in die Geschichte ein und bestimmte fortan den Grenzverlauf zwischen Ost und West. Die schwammige Festlegung machte die Grenze aber an dieser Stelle anfällig für Veränderungen. Im Jahr 1967 versuchten DDR-Grenzpolizisten unbemerkt bei Nacht, die Grenzmarkierungen zu ihren Gunsten umzusetzen. Die Aktion wurde jedoch auf westdeutscher Seite bemerkt. Der herbeigeeilte BGS-Befehlshaber rief mit dem Megafon in den Osten und verlangte, einen verantwortlichen Offizier zu sprechen. Als dieser



Kat.-Nr. 5.1b

nach einiger Zeit erschien, gab der BGS-Beamte seinen Protest gegen die ostdeutsche Aktion bekannt und verlangte die Rücknahme der Grenzmarkierungen. Nach einer internen Beratung der DDR-Grenzpolizisten sowie der Zusicherung der westdeutschen Kräfte, nicht zur Waffe zu greifen, bauten die ostdeutschen Polizisten die Grenzmarkierungen zurück. Dieser „Falkensteiner Zwischenfall“ ging glimpflich aus, aber es war klar, dass jederzeit ein kleiner Zwischenfall zu einem großen Konflikt eskalieren konnte.

Mit Beginn der 1970er Jahre wurde die Entwicklung an der innerdeutschen Grenze verwirrender. Einerseits wurden Grenzübergänge eingerichtet, die einen, wenn auch bescheidenen, Austausch von Personen und Gütern ermöglichten. Andererseits wurden die Grenzsperranlagen auf der Ostseite weiter ausgebaut und die Bewachung immer weiter verschärft.



Kat.-Nr. 5.1c

Erst mit der Grenzöffnung im Jahr 1989 und der deutschen Wiedervereinigung 1990 fiel der Eiserne Vorhang. Innerhalb kürzester Zeit wurden die Grenzanlagen abgebaut und nichts erinnerte mehr an die Zustände, die dort vor kurzem noch geherrscht hatten.

- a) Schreiben, Papier, 29,5 x 19 cm, maschinenschriftlich mit handschriftlichen Anstreichungen, 6 Bl.
Staatsarchiv Coburg, BGS 76.
- b) Fotografie, s/w, Papier, 13 x 17,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, BGS-Fotos 1629.
- c) Fotografie, s/w, Papier, 14 x 17 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung 5056.

5.2 Landwirtschaft im Coburger Land

- a) Um 1950
Bauern bewirtschaften die Felder mit dem Pferdegespann
- b) 1976–2004
In Trübenbach wird ein Flurbereinigungsverfahren durchgeführt

Das Coburger Land war landwirtschaftlich geprägt. Im Jahr 1950 wirtschaftete man noch genauso wie hundert Jahre zuvor. Geänderte Rahmenbedingungen wie Bevölkerungszuwachs und der Wegfall der Thüringer Absatzmärkte zwangen die Coburger Landwirte, ihre Anbau- und Produktionsmethoden zu überdenken. Die Folge war ein Modernisierungsschub: Die Zahl der Betriebe ging zurück, während die Betriebsgröße stetig wuchs. Im Unterschied zu den ostdeutschen Großbetrieben blieb im Westen aber der Familienbetrieb das agrarpolitische Leitbild. Angebaut wurde statt der traditionellen Hackfrüchte nun vor allem Getreide. Wichtige Bedeutung gewannen der vermehrte Einsatz von Maschinen bei Aussaat und Ernte der Früchte sowie der Einsatz von chemischen Düngemitteln in der Wachstumszeit.

Dennoch prägte eine Entwicklung, die nicht so augenfällig gewesen ist wie der Einsatz von Maschinen und Düngemitteln, die Landwirtschaft im 20. Jahrhundert viel entscheidender: dies war die großangelegte Umverteilung der bäuerlichen Nutzflächen sowie die damit verbundenen Eigentümerwechsel beim landwirtschaftlichen Grundbesitz im Zuge der sog. Flurbereinigung in Bayern.

Ziel der Flurbereinigung war die Verbesserung der Agrarstruktur, damit die Bauern rentabler wirtschaften konnten; gleichzeitig sollten bessere Lebensbedingungen in den Dörfern geschaffen werden. Schließlich galt es, die Kulturlandschaft so zu erhalten, dass sie auch der Erholung und dem Tourismus Raum böte. Wenn durch die Realteilung zersplitterter ländlicher Grundbesitz entstanden war, aber auch wenn durch Großbaumaßnahmen (Autobahn, Flugplätze) oder die Errichtung von Gemeinschaftseinrichtungen (Hallenbäder, Sportplätze, Parkplätze) neue Flächen gebraucht wurden, konnte die örtlich zuständige Flurbereinigungsdirektion ein Flurbereinigungsverfahren



Kat.-Nr. 5.2a

ren anordnen. Hierbei handelte es sich um ein komplexes Verfahren. In einem ersten Schritt wurde das Flurbereinigungsgebiet festgelegt. In einem zweiten Schritt legte die Flurbereinigungsdirection allgemeine Grundsätze fest, die der Neugestaltung im Flurbereinigungsgebiet zu Grunde liegen sollten. Hierauf beruhte die Planung von gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen. Erst dann ging es im nächsten Schritt um die Neuverteilung der Grundstücke. Nach einem ausgeklügelten System der Wertermittlung wurden gleichwertige Grundstücke und Flächen so lange unter den Beteiligten der Flur-

bereinigung getauscht, bis ausreichend große, zusammenhängende und wertgleiche Grundstücke entstanden waren. Alle Prozessschritte wurden abschließend im sog. Flurbereinigungsplan festgeschrieben. Erst nach nochmaliger Anhörung der Beteiligten und der Berücksichtigung etwaiger Einwände konnte der Flurbereinigungsplan Rechtsgültigkeit erhalten. Ausführungsanordnung und Schlussfeststellung schlossen das Flurbereinigungsverfahren förmlich ab.

Im Landkreis Coburg wurden in zahlreichen Gemarkungen Flurbereinigungsverfahren durchgeführt, so etwa in Trübenbach (Gemeinde Weidhausen b. Coburg, Landkreis Coburg) seit dem Ende der 1970er Jahre.

Die umfangreichen Unterlagen zu den einzelnen Verfahren dokumentieren den wahrscheinlich größten und weitreichendsten Eingriff in die Struktur des ländlichen Raumes in der jüngeren Geschichte des Landes.

- a) Fotografie, s/w, Papier, 10 x 15 cm.
Staatsarchiv Coburg, NP Co 691.
- b) Aktenserie, Papier, 31 x 23 cm, 27 Bände.
Staatsarchiv Coburg, Flurbereinigungsamt Bamberg 1758–1784.

Literatur: Strößner, Flurbereinigungsverfahren.

5.3 Die kommunale Gebietsreform in Bayern

- a) Mai 1971
Plan des Landkreises Coburg mit den alten und neuen Grenzen
- b) 1972
Austausch der Ortsschilder in Lahm (Gemeinde Itzgrund, Landkreis Coburg)

Anfang der 1970er Jahre brachte die kommunale Gebietsreform einen grundlegenden Wandel in der politischen Landkarte des Coburger Landes. Während die kreisfreie Stadt Coburg praktisch alle bislang selbstständigen Umlandgemeinden schluckte, erhielt der Landkreis



Kat.-Nr. 5.3a

Coburg bedeutende Zuwächse durch die Einkreisung der ehemals kreisfreien Stadt Neustadt bei Coburg sowie durch die Eingliederung von Gemeinden des Altlandkreises Staffelstein im Itzgrund und im sog. Seßlacher Winkel.

Das Ergebnis dieser territorialen Verschiebungen war, dass das Coburger Land erstmals seit dem Übergang an Bayern bedeutende Gebietszuwächse von bayerischer Seite erhielt und damit ein gutes Stück weiter nach Bayern hineinwuchs.

- a) Karte, Papier, 28 x 49,5 cm, s/w mit farbiger Einzeichnung der neuen Landkreisgrenzen (Ausschnitt).
Staatsarchiv Coburg, Amtsbibliothek.
- b) Fotografien, s/w, Papier, 10 x 15 cm.
Staatsarchiv Coburg, NP Co 565.



Kat.-Nr. 5.3b

5.4 Das Landestheater

- a) 1977
Autograph von Otfried Preußler
- b) 1973
Otfried Preußler: Bühnenfassung der „kleinen Hexe“
- c) Dezember 1976
Theaterzettel zur Aufführung der „kleinen Hexe“

Das Coburger Landestheater ist neben der Coburger Landesstiftung das Symbol für die kulturelle Eigenständigkeit der Stadt. In Coburg gab es eine lange Theatertradition, doch erst im 19. Jahrhundert konnte sich das Theater durch den Theaterneubau im Jahr 1840, organisatorische Änderungen sowie die große Theaterliebe der Herzöge Ernst I. und Ernst II. einen weit über Coburg hinausreichenden Ruf erwerben. Nach dem Ende der Monarchie taten die Coburger*innen alles, um das Theater zu retten. Erst einigten sich der Freistaat Coburg und die Stadt Coburg auf einen Weiterbetrieb des Theaters, und dann taten die Coburger Unterhändler alles, dass der Freistaat Bayern in die Rechte und Pflichten eintrat. Die Bayern sagten dies zu und schufen damit nicht weniger als ein viertes bayerisches, explizit durch einen Staatsvertrag gesichertes Staatstheater. Das Landestheater bedient die gesamte Bandbreite von Oper, Operette, Musical, Ballett, Sinfonie-Orchester, Schauspiel, Studiotheater bis hin zu Kindertheater. Bei der Oper stand lange Zeit die Wagner-Pflege auf der Tagesordnung neben modernen Stücken. Beim Kindertheater kam in der Spielzeit 1976/1977 eine Bühnenfassung des bekannten Kinderbuches „Die kleine Hexe“ zur Aufführung. Der Autor Otfried Preußler hatte das Kinderbuch aus dem Jahr 1957 selbst um eine Bühnenfassung erweitert. Für das Landestheater wurde das Stück noch bearbeitet. Otfried Preußler war zur Premiere anwesend. In der Spielzeit 2014/15 wurde „Die kleine Hexe“ wieder neu aufgeführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Situation des Landestheaters nicht gerade rosig. Oberbürgermeister Langer beschrieb die Lage mit düsteren Worten: „Soll man es weiterführen oder schließen, das 125 Jahre alte Coburger Landestheater? Wenn man den mannigfa-

chen Widerständen nachgäbe, müsste man es morgen schließen. Der bayerische Staat stöhnt unter der Höhe des jährlichen Beitrags, der Landtag bewilligt ihn nur widerwillig und unter dem Neid der anderen Städte, der Coburger Stadtrat ächzt und stöhnt unter dem ewig wachsenden städtischen Zuschuss, dem höchsten, den eine deutsche Stadt auf den Kopf ihrer Bevölkerung umgerechnet leistet. Baut Wohnungen für das Geld, das wäre gescheiter, ruft ein Teil unserer Bevölkerung!“⁹

Es war der Wille und der Wunsch der Coburger*innen nach Erhalt der Eigenart, der zu der Entscheidung führte, das Landestheater weiter zu betreiben.

- a) Schreiben, Papier, 29,5 x 21 cm, maschinenschriftlich mit Unterschrift, 1 Bl. Staatsarchiv Coburg, Theater 3449.
- b) Broschüre, Papier, 105 Seiten. Landesbibliothek Coburg TB ST 3332.
- c) Flugblatt, Papier, 21 x 14,5 cm. Staatsarchiv Coburg, Amtsbibliothek.

Literatur: Erdmann, 175 Landestheater. – Langer, Landestheater.

⁹ Zit. nach Walter Langer, Coburg und sein Landestheater. In: Heinz Zirnbauer (Hrsg.), Stimmen der Zeit. Für das hundertfünfundzwanzigjährige Coburger Landestheater, Coburg 1952, S. 6–11, hier S. 6.

■ OTFRIED PREUSSLER ■ 8201 HAIDHOLZEN B. ROSENHEIM/OBB. ■ RÜBEZAHLWEG 11 ■

10. Juni 1976

Herrn
Intendant Horst Fechner
Landestheater Coburg
Schloßplatz 6

8630 Coburg



Sehr geehrter Herr Intendant,



Herr Alexander Rutz sandte mir die in der Coburger Presse veröffentlichte Vorschau auf die kommende Spielzeit Ihres Hauses, der ich zu meiner großen Freude entnehme, daß Sie sich dazu entschlossen haben, im kommenden November mein Kinderstück DIE KLEINE HEXE herauszubringen.

Ich hoffe zuversichtlich, daß die kleine Hexe auch in Coburg mit ihrer Hexenkunst recht vielen Kindern Freude machen wird - und ich erlaube mir, Ihnen und allen Mitwirkenden schon jetzt recht viel Spaß an den Vorbereitungen zu wünschen.

Lassen Sie mich doch, bitte, die Aufführungstermine wissen, sobald sie feststehen. Wenn es sich irgendwie einrichten läßt, käme ich schrecklich gern zur Premiere oder zu einer anderen Aufführung.

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Intendant, und allen Mitwirkenden Ihres Hauses einen schönen Sommer und bin mit einem herzlichen Gruß aus Haidholzen:

Otfried Preussler

■ Briefanschrift: D 8201 Stephanskirchen, Postfach 168 ■ Telefon (08036) 434 ■ Postcheck München 201669-800 ■

5.5 Fremdenverkehr und Mobilität machen auch vor alten Gebäuden nicht halt

- a) 1987
Verkehrssituation an der Schlachthofkreuzung
- b) 2. Juni 1987
Dokumentation über die für den Bau der Frankenbrücke abzureißenden Häuser
- c) 1940
Hotel Excelsior
- d) 3. April 1962
Die Bank beantragt bei Gericht die Zwangsversteigerung des Excelsior
- e) 11. und 20. Januar, 1. Februar 1967
Die Presse berichtet über die Abbrucharbeiten am Excelsior

Der Einzug der Moderne war deutlich an zwei Entwicklungen abzulesen: an den Veränderungen beim Gebäudebestand der Stadt sowie an der Zunahme der Mobilität der Menschen und den damit zusammenhängenden Verkehrsprojekten. Dabei umfasste Mobilität nicht nur die Bewegungen der Coburger*innen, sondern auch die Zuströme von auswärts.

Zunächst veränderte sich in den 1970er Jahren das traditionelle Stadtbild. Die Stadt begann, in die nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu intakt gebliebene Bausubstanz einzugreifen. Nun wurden Gebäude abgerissen, um neuen, funktionalen Bauwerken Platz zu machen oder um großzügige Verkehrsprojekte zu ermöglichen. So mussten Ende 1980er Jahre einige alte Gebäude im Weichengereuth abgerissen werden, um die Verkehrssituation an der sog. Schlachthofkreuzung auf eine neue Grundlage zu stellen. Hier war es in den Jahren zuvor immer zu großen und zähen Verkehrsstaus gekommen, weil die alte Straßenführung das neue Verkehrsaufkommen nicht bewältigen konnte. Mit dem Abriss der Gebäude, u.a. dem bekannten Mohrenkeller, wurde Platz geschaffen für einen großzügigen Ausbau der Bundesstraße 4 sowie eine neue Überführung, die sog. Frankenbrücke.



Kat.-Nr. 5.5a



Kat.-Nr. 5.5b



Hotel Excelsior, Coburg. Besitzer: Gebr. Schumann. Das führende Haus

Kat.-Nr. 5.5c


1

Sparkasse Coburg

Hauptgeschäftsstelle der Zweckverbandsparkasse Vereinigte Coburger Sparkassen

Weitere Geschäftsstellen: Coburg, Kasernenstraße 17, Neustadt b. Cbg., Rodach, Sonnefeld, Oeslau, Ebersdorf b. Cbg. und Weidhausen

Postanschrift: Sparkasse (13a) Coburg, Postfach 605



Mündelsichere Spar- und Kreditanstalt des öffentlichen Rechts

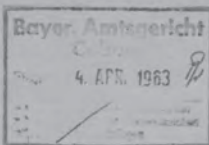
Konto: Bayer. Gemeindebank Nürnberg

Landeszentralbank-Giro-Konto Coburg

Postlecheck-Konto: Nürnberg Nr. 248

Amtsgericht Coburg
Vollstreckungsgericht

8630 C o b u r g



3.4.1963

Fernruf-Nr. 741 - Fernschreiber: 06 / 43 226

Ihre Zeichen: _____

Ihre Nachricht vom: _____

Unsere Zeichen: HKrA/Fe/Kl

5 K 10/63

Betr.: Grundbesitz Coburg, Band 191, Blatt 9090
Eigentümer: Gärtnereibesitzerseheleute Herbert und Renate Eggert, geb. Pauser

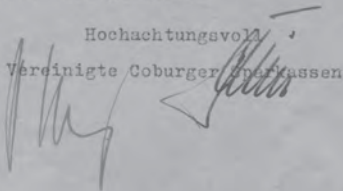
Auf dem obigen Grundbesitz sind u.a. für unser Institut an I. Rangstelle DM 150.000,-- Buchgrundschuld eingetragen. Die vollstreckbare Ausfertigung der Buchgrundschuld über DM 150.000,-- befindet sich bei den dortigen Vollstreckungsakten in dem Zwangsverwaltungsverfahren - Ihre Geschäfts-Nr. 5 L 1/63. Auf Grund dieser erststelligen Grundschuld von DM 150.000,-- machen wir folgende Forderungen geltend:

DM 150.000,--	fälliges Grundschuldkapital
DM 475,--	6 % Zinsen vom 1.1. - 19.1.1961
DM 2.406,25	5 1/2 % Zinsen vom 20.1. - 4.5.1961
DM 152.881,25/	

zuzüglich 5 % Zinsen seit dem 5.5.1961 aus DM 150.000,--

Wegen dieser Beträge beantragen wir hiernit die Zwangsversteigerung des ob. bez. Grundbesitzes. Auf das Grundbuch wird ausdrücklich Bezug genommen. Um baldige Zusendung des Zwangsversteigerungsanordnungsbeschlusses wird gebeten.

Hochachtungsvoll
Vereinigte Coburger Sparkassen



5 K 33/63

Auch anderswo wurden die Straßen ausgebaut. Während vor allem die Zubringerstraßen vergrößert und verbreitert wurden, beschritt man im Ortskern den umgekehrten Weg: Anfang der 1980er Jahre wurde die Innenstadt mit dem Marktplatz und der Spitalgasse zur autofreien Fußgängerzone erklärt. Die Verbannung der PKWs aus der Innenstadt verursachte jedoch wiederum Parkplatzprobleme an den Rändern der Stadt. Die Stadt Coburg reagierte mit dem Bau großer Parkhäuser rund um die Innenstadt.

Hinzu kam nach dem Zweiten Weltkrieg die Zunahme des Fremdenverkehrs. Die Verbesserung der Verkehrsanbindungen und die bewusste Vermarktung Coburgs als Kongressstadt und als Ziel von Touristen ließen seit den 1950er Jahren die Zahlen der Übernachtungsgäste stetig wachsen.

Dass diese beiden Entwicklungen aber nicht immer konform gingen, zeigt sich am Beispiel des Hotels Excelsior am Bahnhofplatz. Untergebracht in einem repräsentativen Gebäude bildete es das Aushängeschild Coburgs. Das „Excelsior“ war das erste, was Gäste zu sehen bekamen, wenn sie in Coburg aus dem Zug ausstiegen. Zudem war es das beste Hotel am Platz mit über 100 Betten. Doch der Niedergang kam mit dem Zweiten Weltkrieg. Wegen der Kriegs- und Notzeiten brachen die Gästezahlen ein. Nach dem Krieg beschlagnahmten die Amerikaner das Hotel für die Unterbringung ihrer Soldaten. Erst Anfang der 1950er Jahre erhielten die Besitzer das Hotel zurück, aber leider in einem völlig verwahrlosten Zustand. Vergeblich bemühte sich der Hotelbesitzer Schumann um einen Kredit beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, um notwendige Reparaturarbeiten tätigen zu können. In seiner Verzweiflung nahm sich Schumann das Leben. Das Hotel wurde verkauft. Die neuen Besitzer bemühten sich, durch die Vermietung von Räumen Geld in die Kassen zu bekommen, den lahmen Hotelbetrieb konnten auch sie nicht in Schwung bringen. Anfang der 1960er Jahre war der Schuldenberg zu groß geworden, das Hotel musste zwangsversteigert werden. Für 600.000 DM erwarb die HUK, die bereits seit einiger Zeit Büroräume in dem Gebäude bezogen hatte, den Hotelkomplex. Dem Versicherungskonzern lag jedoch nichts am Erhalt des alten Gebäudes. Im Jahr 1967

wurde das alte Excelsior abgerissen und dort der Neubau des HUK-Verwaltungsgebäudes errichtet.

- a) Fotografie, Papier, koloriert, 13 x 17,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Landbauamt 573.
- b) Fotografie, Papier, koloriert, 12,5 x 18,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Landbauamt 572.
- c) Fotografie, s/w, Papier, 12 x 17 cm.
Stadtarchiv Coburg, Bildsammlung Fo._04.01._B_00018.
- d) Schreiben, Papier, 29,5 x 21 cm, maschinenschriftlich, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Amtsgericht Coburg, Zwangsversteigerungen 187,
Bd. I, fol. 1.
- e) Zeitungsartikel, Papier, 13,5 x 13 cm, 9 x 13 cm und 37,5 x 6,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Zeitungssammlung.

5.6 „Voraus zur Unzeit?“ Alfred Knauf und die Funk- und Radiopioniere in Coburg

- a) 5. Mai 1931
Patenturkunde für Alfred Knauf zur Entwicklung einer Entladungsröhre mit Gasfüllung und kalten Elektroden
- b) 2. März 1931
Alfred Knauf gerät in den Strudel der Zwangsversteigerung

Es war seit jeher ein Merkmal der Coburger Eigenart, dass diese nicht nur ein Sonderbewusstsein hervorgebracht hat, sondern sich in vielen Bereichen an besonderen Taten und Handlungen von Coburger*innen ablesen lässt. Ein bemerkenswertes Beispiel ist das Wirken der Coburger Radiopioniere. Im Jahr 1919 gründete sich der „Coburger Radio-Club“, einer der ersten Radiovereine im ganzen Deutschen Reich. In Jahr 1926 unternahm im Auftrag der „Studien-gesellschaft für Elektrotechnik und Funkentelegraphie“, wie sich der Coburger Radioverein auch nannte, die beiden Coburger Alfred Riechers und Alfred Knauf eine Expedition mit einem Gummi-Faltboot auf der Donau, die sie von Passau bis nach Rumänien führte. Mit sich führten sie eine Antenne, die sie bei ihren Landgängen aufbauten, um

DEUTSCHES REICH

URKUNDE
ÜBER DIE ERTEILUNG DES PATENTS
606 408

Für die in der angefügten Patentschrift dargestellte Erfindung ist in dem gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren

dem Alfred Knauf in Coburg

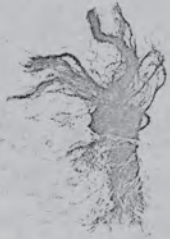

ein Patent erteilt worden, welches in der Rolle die oben angegebene Nummer erhalten hat.

Das Patent führt die Bezeichnung

Entladungsröhre mit Gasfüllung und kalten Elektroden

und hat angefangen am 5. Mai 1931.

REICHSPATENTAMT



Die Patentgebühr wird in jedem Jahre fällig am 5. Mai.

Coburger Rundfunkbüro
 Fernsprecher 466 **Alfred Knauf** Heiligkreuz Nr. 2
 Bau und Vertrieb von Rundfunkanlagen
 Eigenes Versuchslaboratorium * Fachmännische Beratungen

Aug. 2/3 1931

Bankkonten:
 Bayerische Hypotheken u. Wechsel-Bank
 Filiale Coburg.
 Bayerische Staatsbank Coburg.

Coburg, den 2. März 1931

An das
 Amtsgericht Abteilung 5
C o b u r g

Hierdurch bitte ich die Frist zur Ergänzung
 meines Vergleichsantrages um 8 Tage zu verlängern.

Erst am Mittwoch der vergangenen Woche habe
 ich die Musterröhre, die ich meinen Gläubigern vorführen wollte, um
 sie von meinen Patentansprüchen zu überzeugen, aus der Fabrik erhalten
 sodass erst am Donnerstag die Besprechung in Nürnberg stattfinden
 konnte. Die an der Versammlung teilgenommenen Gläubiger haben sich
 für die Verlängerung der Frist ausgesprochen; es sind dies meine
 Hauptgläubiger. Ich überreiche anbei die in der Versammlung in Nürn-
 berg aufgenommene und von den Gläubigern unterzeichnete Erklärung.
 Auch die Firma Albert Beuche, Nürnberg, die den Konkursantrag ge-
 stellt und die an der Versammlung nicht teilgenommen hatte, hat auf
 Grund der nachträglich erhaltenen Informationen in gleicher Richtung
 ihre Zustimmung gegeben. Auch diese Erklärung überreiche ich anbei.

Nachdem ich hiermit nachgewiesen habe, dass es
 der Wunsch der Mehrheit der Gläubiger ist, einen Konkurs zu vermeiden,
 bitte ich meinem Antrage auf Fristverlängerung stattzugeben.

16 *Knauf*

Kat.-Nr. 5.6b

mit den Radiostationen vor Ort in Funkverkehr zu treten. Während Riechers sein Wissen nach 1933 in den Dienst der SS stellte, tüftelte Knauf, der im Steinweg ein Radiogeschäft unterhielt, unentwegt an der Verbesserung der Radiotechnik. In jahrelanger Arbeit entwickelte er eine Radio-Diode, die funktionieren sollte, ohne dass man Kathode und Anode erhitzen musste. Hierfür meldete Knauf im Jahr 1931 das Patent an. Er bemühte sich in den folgenden Jahren jedoch vergeblich um eine kommerzielle Verwertung seines Patents. Als der wirtschaftliche Erfolg ausblieb, musste sein Radio-Geschäft in Konkurs gehen.

- a) Patenterkunde, s/w, Papier, 29,5 x 21 cm (Kopie).
Privatbesitz.
- b) Schreiben, Papier, 28,5 x 22 cm, maschinenschriftlich mit vorgedrucktem Briefkopf, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Amtsgericht Coburg, Zwangsversteigerungen 75.

5.7 Coburg in Bayern?

- a) 1950
Plakat aus Anlass der 30jährigen Zugehörigkeit Coburgs zu Bayern
- b) 1950
Buchumschlag mit „Ehrenpforte“ aus Anlass der 30jährigen Zugehörigkeit Coburgs zu Bayern
- c) 1995
Ausstellung im Staatsarchiv Coburg
- d) 1950/2000
Denkmal für Max Oskar Arnold in Neustadt bei Coburg

Coburg erlebte nicht nur rosige Zeiten in Bayern. Die ersten Jahre der Vereinigung waren geprägt von vorsichtigen Vorbehalten; noch war das Coburger Sonderbewusstsein stark ausgeprägt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Coburger Eigenart unter dem Begriff „Selbstbehauptung“ wieder stark betont. Man kann aber feststellen, dass nach 1945 keine Diskussionen mehr darüber auftauchten, ob Co-



Kat.-Nr. 5.7a

burg zu Bayern gehöre oder nicht; diese Frage war entschieden, die Coburger hatten ihr staatliches Schicksal akzeptiert.

Augenfällig wird das Hineinwachsen von Coburg nach Bayern durch die Tatsache, dass Coburg das Gedenken an die Vereinigung in den Festkalender integrierte. Seit vielen Jahren wird das Coburger Feiertag geprägt von Veranstaltungen wie dem Frühlingsfest, dem Coburger Convent an Pfingsten, dem Samba-Festival, dem Schützenfest, dem Schlossplatzfest sowie der Coburger Museumsnacht am Ende der Sommerferien. Hier nahmen die Feiern rund um die Vereinigung mit Bayern bald einen festen Platz ein. Noch 1930 gab es nicht mehr als einen offenen Brief Franz Klinglers, der noch dazu von den Nationalsozialisten böse verunglimpft wurde. Erstmals mit der 30jährigen Zugehörigkeit Coburgs zu Bayern im Jahr 1950 waren in Coburg die Anschlussverhandlungen Gegenstand größerer Feierlichkeiten. Unter der Anwesenheit von zahlreichen Gästen aus Bayern begannen am 1. Juli 1950 die Feiern um 11 Uhr vormittags mit einem Empfang im Riesensaal der Ehrenburg. Es folgten Ausstellungsbesichtigungen, gemeinsames Mittagessen und ein großer Festakt im Hof der Ehrenburg, bei welchem das Orchester des Landestheaters aufspielte. Der zweite Tag, 2. Juli 1950, begann mit Festgottesdiensten. Danach schlängelte sich ein Festzug durch die Straßen der Stadt, der in einem großen Volksfest auf dem Marktplatz gipfelte. Abends fanden die Feiern ihren Abschluss mit einem gemütlichen Beisammensein im Rosengarten sowie einem Feuerwerk von der Veste Coburg. Zusätzlich gab die Stadt Coburg eine Jubiläumsschrift heraus.

Damals brachte Oberbürgermeister Walter Langer in einem Grußwort die herrschende Stimmung innerhalb der Coburger Bevölkerung auf den Punkt:

„Mit einer überwältigenden Mehrheit hat sich 1920 die Coburger Bevölkerung für den Anschluss an Bayern entschieden. Welche Gründe auch immer für ihre Abstimmung maßgebend gewesen sein mögen, an den einen Grund, der für uns heute den Wert der damaligen Abstimmung ausmacht: diesseits des eisernen Vorhangs zu liegen und damit zur westlichen Welt zu gehören – an diesen Grund hat niemand gedacht. Aber dieser Wert ist kein endgültiger, unverletzlicher.



Kat.-Nr. 5.7b

Noch ist nicht entschieden, ob wir diesseits des eisernen Vorhangs bleiben werden. Es kommt darauf an, welche von den beiden Welten den größeren sittlichen, sozialen und kulturellen Wert besitzt. Coburg war immer auf der Seite des Fortschritts und der lebendigen Gegenwart. Das bedeutet für unsere Zeit die Verpflichtung, das Vorbild einer demokratischen Stadt zu sein mit dem ehrlichen Willen zu sozialen Zusammenleben.“¹⁰

Nach 1950 waren die Jubiläumsjahre stets Gegenstand größerer Feiern, Veranstaltungszyklen, Ausstellungen und Besuche hochrangiger Politiker aus München. Verdienten Politikern jener Jahre, wie dem Neustadter Max Oskar Arnold, wurde auch mit Denkmälern gedacht. Ein weiterer Brauch war das Pflanzen sog. Bayern-Linden. So wurde an allen großen Jahrestagen der Vereinigung gedacht, zuletzt zum 75. Jubiläum im Jahr 1995. Diese Feiern förderten das Bewusstsein, dass Coburg ein wichtiger und unersetzlicher Teil von Bayern geworden war und bis heute ist.

- a) Plakat, Papier, 82,5 x 58,5 cm.
Stadtarchiv Coburg, Plakatsammlung 1950/2.
- b) Buch, Papier, 24,5 x 17 cm, 200 Seiten (gezeigt wird Seite 2).
Staatsarchiv Coburg, Amtsbibliothek.
- c) Plakat/Druck, Papier, farbig, 83 x 59 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Plakatsammlung 17.
- d) Fotografie, 29,5 x 21 cm.
Quelle: Wikipedia (aufgerufen am 28. April 2020).

Literatur: Stadt Coburg, Festschrift.

¹⁰ Walter Langer, Grußwort. In: Stadt Coburg (Hrsg.), Coburg in Bayern. Festschrift der Stadt Coburg, Coburg 1950, S. 3.

5.8 Die 1980er Jahre in Coburg

- a) 1986
Messung der Radioaktivität nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl
- b) 2. Februar 1987
Aufnahme von Geruchsbelästigungen in die tägliche Grenzlagemeldung

Die späten 1970er und die 1980er Jahre waren in Deutschland eine Zeit der Identitätssuche. Ausdruck dieser Haltung war die verstärkte Hinwendung zur Geschichte. In dieser Zeit entstanden die große Staufer-Ausstellung in Stuttgart (1977) und die Wittelsbacher-Ausstellung in München und Landshut (1980). Auch in Coburg beschäftigte man sich verstärkt mit historischen Themen, wenn auch mit wichtigen Besonderheiten: Auf Grund seiner Geschichte hatte Coburg Erfahrung damit, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Seit jeher trug die Erfahrung aus der Geschichte zur Coburger Selbstvergewisserung bei. Dabei blieb die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ausgespart.

Ein weiterer Aspekt des neuen Bewusstseins der Deutschen war ein wachsendes Umweltbewusstsein und ein beginnendes Gespür dafür, wie bedroht die menschliche Lebenswelt ist. Als im April 1986 der Kernreaktor am Kernkraftwerk in Tschernobyl explodierte, hatte dies auch massive Auswirkungen auf die Natur im Coburger Land. Die Behörden führten Kontrollen der radioaktiven Strahlung im Landkreis durch. In der Bevölkerung wuchs die Einsicht, dass man aktiv für den Umweltschutz eintreten muss. Selbst im deutsch-deutschen Verhältnis spielten nun Umweltfragen eine Rolle. Im Jahr 1987 wurde entschieden, fortan Geruchsbelästigungen in die tägliche Grenzlagemeldung mitaufzunehmen.

- a) Computer-Ausdruck, Papier, s/w, 30,5 x 35 cm.
Staatsarchiv Coburg, LRA 15678.
- b) Schreiben, Papier, 29,5 x 21 cm, 1 Bl.
Staatsarchiv Coburg, BGS 66.

Literatur: Conze, Sicherheit.

GSA Süd 2

Anlage 16/1

Grenzschutzkommando Süd
 StB LZ, Az.: 10/70/7501

München, 02.02.87
 GSA Süd 2
 Eing. 09. FEB. 1987
 B. Nr. 164

*für alle Stoffe
3.1.87*

Betr.: Aufnahme von Geruchsbelästigungen in die tägliche
 Grenzlagemeldung.
hier: Meldeumfang

1. Feststellungen von grenzüberschreitenden Geruchsbelästigungen dienen mittel- und langfristig einer Einflußnahme auf verbesserte Maßnahmen des Umweltschutzes in der DDR. Die bisherige bloße Feststellung der Belästigungen muß nach Aussage der Fachleute für konkretere Vorhalte ergänzt werden.
2. Es ist deshalb ab sofort, soweit eine konkrete Aussage möglich ist, Stellung zu nehmen zu
 - Art des Geruchs (z.B. schwefelartig, Fäkaliengeruch, ggf. undefinierbar)
 - Zeitraum (z.B. ganztägig, im Stundenbereich; nicht erforderlich, wenn sich dieseraus der Beobachtungszeit ergibt)
 - Wirkungsbereich (z.B. lokal begrenzt; Ausdehnung, soweit ohne Aufwand feststellbar)
 - Beschwerden aus der Bevölkerung (nur falls diese aktuell an den PVB herangetragen werden)
 - Allgem. Wetterlage (z.B. sonnig, Regen, Windstille, Inversionslage)

Diese Feststellungen sind analog auf Gewässerverschmutzungen anzuwenden.

~~Im Auftrag~~
~~Horndasch, POR~~
 Verteiler:
 GSA Süd 1-4

Beauftragter	Adj.	StB	StB	StB	StB	StB	StB	StB	StB
<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>	<i>[Signature]</i>							<input checked="" type="checkbox"/>

5.9 Industrie, Wirtschaft, Handwerk

- a) 1950
Wandergewerbe nach dem Krieg
- b) 1982
Ein Coburger Original: der fahrende Händler Hermann Leusenrink
- c) 1976
Heimarbeit bleibt ein wichtiger Wirtschaftszweig im Coburger Land

Insbesondere an der wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten hundert Jahren lässt sich ablesen, wie sich das Verhältnis des Coburger Raumes zum Freistaat Bayern entwickelte. Mochten wirtschaftliche Gründe eine nicht unwichtige Rolle dafür gespielt haben, dass sich Coburg im Jahr 1920 an Bayern anschloss, so trübte sich das Bild im Laufe der 1920er Jahre ziemlich schnell ein. Wirtschafts- und Finanzlage in Coburg verschlechterten sich rapide, und doch kamen aus München keine Finanzspritzen. Auch die aktionistische Politik der Nationalsozialisten, die mit einer Mischung aus staatlichen Aufträgen und einer Belebung des privaten Konsums versuchten, die Wirtschaft anzukurbeln, konnte an diesem allgemeinen Zustand wenig ändern. Die Wende kam hier erst mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Durch Währungsreform und Gewerbefreiheit stabilisierten sich 1948 die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Coburg erlebte einen wirtschaftlichen Aufschwung. Zusätzlich zu den etablierten Betrieben kam es nun zu einer Reihe von Übersiedlungen von Firmen aus der „Ostzone“ sowie Neugründungen durch Heimatvertriebene. Korbwaren, Spielwaren sowie der Maschinenbau prägten die Coburger Industriestruktur. Vor allem die exportorientierte Industrie nahm während des sog. Wirtschaftswunders einen rasanten Aufschwung. Firmen wie Gaudlitz, Kaeser, Waldrich, Ros und Lasco erlangten bedeutende Marktanteile, die Fa. Siemens betrieb ein Kabelwerk in Neustadt bei Coburg. Heute sind der Automobilzulieferer Brose und der Versicherungskonzern HUK die umsatzstärksten Unternehmen.



Kat.-Nr. 5.9b

Ebenfalls nicht unbedeutend waren im Coburger Raum die Holzverarbeitende Industrie (Fa. HABA in Rodach) oder die Verarbeitung von Steinen und Erden (Fa. Goebel, Annawerk, Ortenburg Steingutmanufaktur). In Wiesenfeld b. Coburg (Gemeinde Meeder) haben die Milchwerke Oberfranken West ihren Sitz und liefern ihre Produkte weit über die Landkreisgrenzen hinaus (Coburger Käse).

Zweifellos sind es die großen und umsatzstarken Firmen und Unternehmen, die das Antlitz einer Region am stärksten prägen. Nicht vergessen darf man aber dabei, dass es erst die kleinen Betriebe und Händler sind, die eine Wirtschaftsregion komplettieren. Das Coburger Handwerk spielt auch nach dem Übergang an Bayern und den folgenden einhundert Jahren eine wichtige und nicht wegzudenkende Rolle. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die großen Firmen zunächst darniederlagen, waren es die traditionellen Erwerbsformen, wie Heimarbeit und Reisegewerbe, die den Erhalt des Wirtschaftslebens sicherten. Viele Gewerbetreibende, wie Hermann Leusenrink, übten ihre Gewerbe noch viele Jahrzehnte aus und waren im ganzen Landkreis bekannt.

- a) Geheft, Papier mit Einband, 29,5 x 21 cm, 42 Bl.
Staatsarchiv Coburg, LRA 16116.
- b) Fotografie, Papier, s/w, 17 x 12 cm.
Staatsarchiv Coburg, NP Co 712.
- c) Akte, Papier, 31 x 21,5 cm, 11 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Gewerbeaufsichtsamt 288.

Literatur: Muth, Wirtschaft. – Habel, Stadtgeschichte.

5.10 Schulen und Fachhochschule

- a) 1946/47
Gedenken an gefallene Lehrer und Schüler des Albertinum
- b) 1973
„Der Rote Albert“
- c) Um 1960/2000
Aus dem Hofbrauhaus wird der „Campus Design“

Der Erhalt der vier höheren Schulen Casimirianum, Albertinum, Alexandrinum und Ernestinum wurde als großer Erfolg des Staatsvertrags gewertet. Zu Recht kann sich Coburg heute als Schulstadt bezeichnen, wo weitere wichtige Schulen ihren Sitz haben (Wirtschaftsschule, zwei Realschulen, Berufsoberschule und die Berufsschule am Plattenacker). Auch nach dem Zweiten Weltkrieg rüttelte der bayerische Staat nicht an diesen Zuständen. Im Gegenteil: Durch die Umwandlung des Coburger Polytechnikums (ehemalige Staatsbauschule) zur Fachhochschule Anfang der 1970er Jahre wurde das Coburger Schulsystem weiter aufgewertet. Zweifellos ein Erfolg, auch wenn manche Coburger*innen in diesen Tagen für die Errichtung einer Universität auf Coburger Boden gestritten hatten. Heute bildet die Hochschule Coburg mit 5.300 Studierenden einen wichtigen Bildungsort und einen Treffpunkt, wo junge, gut ausgebildete Menschen mit der regionalen Wirtschaft zusammenkommen und kooperieren können. Seit der Errichtung des „Campus Design“ im ehemaligen Gebäude des Hofbrauhauses zum Wintersemester 1999/2000

ALFRED FABER

geb. 13.4.90 · gest. 6.2.46



Sohn des Gastwirts Georg Karl Faber und seiner Ehefrau Pauline, geb. Steiröck, Neustadt. Nach Besuch der Volksschule in Neustadt, trat er 1904 in das Ernst-Albert-Seminar in Coburg ein und erwarb 1910 das Reifezeugnis. Als Lehrer war er in Neustadt und Cortendorf tätig.

Am ersten Weltkrieg nahm er als Leutnant teil und erhielt das
EK I.

1945 wurde er zum Volksturm einberufen und an der Ostfront eingesetzt. Er geriet in russische Gefangenschaft und starb am 6.2.1946 im Kriegsgefangenenlager Jenakiewo.

XX

KOMMUNISTISCHE OBERSCHÜLER COBURG (KOC)

ROTER

ALBERT

S1
Zeitung des
SCHÜLERKOLLEKTIVS
am
ALBERTINUM
22.11.73

Nr. 2 November 73 | Unkostenbeitrag 20 Pf.

Ein Gespenst geht um in unserer Schule

Das Gespenst des Kommunismus.

Ein einfacher Anschlag am schwarzen Brett hat Direktor Theusner (Biername: Euff!) endlich einen Anlaß gegeben, gegen dieses Gespenst vorzugehen. Die Pausenversammlung hat gezeigt, er hat seine Schlagwörter gut auswendig gelernt und schnurrte sie auch gut runter. Sachliche Argumentation war von ihm kaum zu erwarten- die Erwartung wurde bestätigt.

Die Taktik, die er angewandt hat, ist eigentlich schon viel zu abgedroschen, schon zu bekannt, als daß jemand darauf hereinfliegen würde. Beh.

Schülern, die in Geschichte nicht beschlagen sind, verfißt er jedoch noch mit seinen Geschichtverfälschungen.

Theusner, der sich immer gern als Demokrat vorstellt ("Ich möchte nicht sagen, ich bin liberal, aber ich bin es".) hat es geschafft an der Schule eine Pogromstimmung zu erzeugen.

INHALT:

Ein Gespenst geht um...S.1
Maier in Coburg.....S.2
Schülerkorrespondenzen.S.3
Pelizei in der Schule..S.7



Kat.-Nr. 5.10c

ist die Hochschule zudem deutlich präsenter in der Wahrnehmung der Coburger*innen.

An der Entwicklung im Schulbetrieb lässt sich die gesellschaftliche Entwicklung wie im Brennglas ablesen. Wurde am Gymnasium Albertinum in den ersten Jahren nach dem Krieg noch das Ehrenbuch aus der Kriegszeit nahtlos weitergeführt, hielt bald der neue Geist Einzug. In der Schule wurde ein Debattierklub gegründet, bei dessen Treffen über „Demokratie in der Schule“ diskutiert wurde. In den 1970er Jahren wiederum wurde auch hier die Schülerschaft von einer politischen Leidenschaft gepackt, die sich gegen alle bestehenden Strukturen wandte.

- a) Buch, Papier mit rotem Kunststoffeinband, 30 x 22 cm, 154 Bl.
Staatsarchiv Coburg, Gymnasium Albertinum, Zugang 2019, ohne Nummer.
- b) Kopie der Schülerzeitung, Papier, 29,5 x 21 cm.
Staatsarchiv Coburg, Gymnasium Albertinum 108.
- c) Fotografie, Papier, s/w, 10 x 13,5 cm.
Staatsarchiv Coburg, Hofbrauhaus, vorl. Nr. 756.

5.11 Die jüngste Zeit

- a) 1989/90
Ostdeutsche werden beim Übertritt nach Westdeutschland begrüßt
- b) 2020
Der ICE hält in Coburg

In den Jahren 1989 und 1990 erlebte Coburg die dritte große Wende des 20. Jahrhunderts. Der Abbau der Grenzen und die Wiedervereinigung öffneten Coburg das alte Thüringer Hinterland. Coburg war nun nicht länger von drei Seiten eingeklemmt, sondern offen nach jeder Richtung hin und frei für jede Entwicklung. Verkehrsprojekte, die Coburg mit seinem Umland verbanden, waren die wichtigsten Projekte in jenen Tagen. Die sog. Lückenschlüsse wie etwa zwischen Sonneberg und Neustadt bei Coburg stellten die jahrzehntelang gekappten Verkehrsachsen zwischen den Regionen Frankens und Thüringens wieder her. Der lokalen Anbindung folgten die überregionalen Projekte. Die Verlängerung der Bundesautobahn an Coburg vorbei sowie die Fertigstellung der ICE-Trasse, die bereits seit Anfang der 1990er Jahre in Planung war, waren die wichtigsten Bauprojekte.

Dies hatte auch Rückwirkungen auf das Coburger Sonderbewusstsein. Sinnfälligster Ausdruck dieser gewandelten Haltung war im Jahr 1990 die Wahl des 30jährigen Norbert Kastner von der SPD zum damals jüngsten Oberbürgermeister Deutschlands. Kastner hatte die Wahl mit einem furiosen, nach amerikanischem Vorbild aufgezogenen Wahlkampf gewonnen. Die SPD formierte ein Wahlkampfteam, dem neben Parteigenossen auch ein Psychologe, ein Industriefotograf, ein Unternehmensberater und eine Designerin angehörten. Unter dem Motto „Frischer Wind für Coburg“ führte die SPD einen intensiven Wahlkampf mit Flugblattaktionen, Hausbesuchen und einem Wahlkampfabend mit dem „deutschen Elvis“ Ted Herold im Rosengarten. Kastner lenkte bis 2014 die Geschicke der Stadt und prägte sie entscheidend. Mit Nobert Tessmer (SPD), der von 2014 bis 2020 als Oberbürgermeister fungierte, besetzte ein Mann den Bürgermeistersessel, der als ehemaliger BGS-Beamter sowie als langjähriger Kul-



Kat.-Nr. 5.11a

turbürgermeister auch ein feines Gespür für die Coburger Eigenarten besaß. In seiner Amtszeit gewann die Geschichte als Anker in der Coburger Mentalität wieder einen festen Platz. Einen Höhepunkt erlebte diese Entwicklung, als Coburg im Jahr 2017 zum zweiten Mal nach 1997 zum Austragungsort einer Bayerischen Landesausstellung wurde. Die Ausstellung unter dem Titel „Ritter, Bauern, Lutheraner“, die im Zusammenhang mit dem Reformationsjubiläum 2017 stand, war ein großer Erfolg mit über 200.000 Besucherinnen und Besuchern.

- a) Fotografie, Papier, farbig, 12 x 15 cm.
Staatsarchiv Coburg, NP Co 471.
- b) Fotografie, 29,5 x 21 cm.
Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung.

Literatur: Freytag, Frischer Wind.

5.12 „Ein Franken anderer Art?“

1966

Thomas Dehler schwärmt von Coburg

„Coburg spielt seine eigene Rolle“, lautet der Titel eines bekannten Buches. Dies entsprach dem Selbstverständnis Coburgs als selbstständiges Herzogtum. Auch nach dem Übergang an Bayern blieb das Coburger Sonderbewusstsein erhalten, entwickelte sich jedoch mehr und mehr zu einer Art Wagenburgmentalität. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und der Zusammenbruch des Nationalsozialismus in Deutschland brachten zunächst keine Veränderungen. Durch die unmittelbare Nähe zum Eisernen Vorhang wählte sich Coburg in der Rolle der Selbstbehauptung. Erst in den kommenden Jahrzehnten wuchs Coburg nach Bayern hinein. Wirtschaftlicher Aufschwung, kommunale Modernisierung und das Vorbild des Bundesgrenzschutzes als Schutztruppe der Demokratie waren hier die entscheidenden Katalysatoren. Die deutsche Wiedervereinigung von 1989/90 stellte einige dieser Annahmen auf den Prüfstand, eröffnete gleichzeitig aber auch eine Reihe neuer Möglichkeiten. Neue Entwicklungen setzten ein, deren Ende heute noch nicht absehbar ist. Aber noch ist er zu spüren, dieser Hauch des alten Coburgs, wie es der Lichtenfelser Thomas Dehler Mitte der 1960er Jahre treffend festgestellt hatte:¹¹

„Ein Franken anderer Art war für mich unsere nördliche Nachbarstadt Coburg, fränkisch in allem, besonders seine Veste, die „fränkische Krone“ und doch so anders als mein bürgerliches, katholisches Heimatstädtchen: evangelisch bestimmt, mit lebendiger Erinnerung an Luther und seine Zeit auf der Veste, eine höfische Residenz, die Herzogsfamilie, verbunden mit fast allen regierenden Familien Europas, ein glanzvolles Hoftheater, dem ich die ersten unvergesslichen Theatereindrücke verdanke; Coburg mit seinen freiheitlichen nationalen Erinnerungen, die Stadt [von] Herzog Ernst II., der den Deutschen Sängern, den Deutschen Schützen, den Deutschen Tur-

¹¹ Thomas Dehler, Lob auf Franken. Ein Bekenntnis, Nürnberg 1966, S. 22 und 24.

uern Heimstatt gab, dieses Coburg war für mich ein gesteigertes, ein verfeinertes Franken.“

Band, 12 x 17 cm, 66 Seiten.

Landesbibliothek Coburg 66/3351.

Literatur: Aufseß, Rolle.

Literatur

Rupert Appeltshauer, Hitlers Helfer in der „zweiten Reihe“: Das Fallbeispiel einer belasteten Dienststelle und deren Entsorgung in der fränkischen Provinz. In: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 60 (2016) S. 201–226.

Hans Max von Aufseß, Coburg spielt seine eigene Rolle, Coburg 1967.

Georg Aumann, Das Coburger Land. Ein erdgeschichtlicher Überblick, Bayreuth 1970.

Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019.

Christian Boseckert, Schlüsselszenen der Coburger Landesgeschichte. In: Coburger Geschichtsblätter 22 (2014) S. 83–91.

Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Ernst Eckerlein, Coburger Heimat, Bd. VI, Coburg 1986.

Hermann Euler, Lebenserinnerungen eines Lehrers der Zahnheilkunde, München 1949.

Siegfried Freytag, Frischer Wind in Coburg. Aus den Erinnerungen eines ehemaligen SPD-Stadtrats, Vereinsvorsitzenden und aktiven Freimaurers. Ein Beitrag zur Coburger Zeitgeschichte, Coburg 2010.

Hubert Fromm, Die Coburger Juden. Geschichte und Schicksal. Mit Beiträgen von Rainer Axmann, Gerhard Eckerlein und Hubertus Habel, 2., erw. Aufl., Coburg 2001.

Hubertus Habel, Coburg. Kleine Stadtgeschichte, Regensburg 2019.

Rainer Hambrecht, Der Aufstieg der NSDAP in Mittel- und Oberfranken (1925–1933) (Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg 17), Nürnberg 1976.

Rainer Hambrecht (Bearb.), „Nicht durch Krieg, Kauf oder Erbschaft“. Ausstellung des Staatsarchivs Coburg anlässlich der 75. Wiederkehr der Vereinigung Coburgs mit Bayern am 1. Juli 1920 (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 34), München 1995.

Andreas Stefan Hofmann, Oberfranken zur Zeit des Nationalsozialismus 1933–1939. Eine Studie über Aufstieg, Machteroberung und Herrschaftsorganisation im Norden Bayerns, Bamberg 2020.

Isolde Kalter – Thomas Schwämmlein (Hrsg.), An der Grenze. Die Region Sonneberg-Neustadt bei Coburg als Erinnerungsort der deutschen Teilung, Neustadt b. Coburg 2019.

Walter Langer, Grußwort. In: Stadt Coburg (Hrsg.), Coburg in Bayern. Festschrift der Stadt Coburg, Coburg 1950, S. 3.

Walter Langer, Coburg und sein Landestheater. In: Heinz Zirnbauer (Hrsg.), Stimmen der Zeit. Für das hundertfünfundzwanzigjährige Coburger Landestheater, Coburg 1952, S. 6–11.

Walter Muth, Die Wirtschaft im Coburger Land, Coburg 1952.

Thomas Nicklas, Das Herzogtum Sachsen-Coburg und der Beginn des Ersten Weltkrieges. In: Jahrbuch der Coburger Landesstiftung 41 (1996) S. 349–370.

Martin Ott, Per Referendum nach Bayern. Die Coburger Volksbefragung 1919 als Erinnerungsort. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 81 (2018), Heft 2, S. 411–431.

Stadt Coburg (Hrsg.), Coburg in Bayern. Festschrift der Stadt Coburg, Coburg 1950.

Günther Strößner, Das Flurbereinigungsverfahren – Ländliche Neuordnung in Bayern. Eine Informationsschrift für ländliche Grundbesitzer, Bewohner und Besucher des ländlichen Raumes, 2. Aufl., München 1977.

Werner A. Widmann, Das ist Coburg. Land und Leute, Geschichte und Gegenwart, Europas große Heiratsfamilie, Martin Luthers Feste Burg, Herzogtum und Demokratie, mehr deutsch als bayerisch, Kultur, Kunst und Sport, Wirtschaft am großen Zaun, Residenzler und andere Coburger, Stuttgart 1983.

Edgar Wolfrum, Die Mauer. In: Etienne François – Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1, München 2001, S. 552–568.

Heinz Zirnbauer (Hrsg.), Stimmen der Zeit. Für das hundertfünfundzwanzigjährige Coburger Landestheater, Coburg 1952.



ISSN 1434-9868

ISBN 978-3-938831-96-0